

Ä1 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Ina Jacobi (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 229 bis 231 einfügen:

ein verschärftes Polizeigesetz, für die Energiewende und gegen den unsinnigen Neubau eines Kohlekraftwerks in Stade. Wir demonstrieren für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen, für die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB und zeigen Solidarität mit betroffenen Ärzt*innen. Wir haben dabei Unterstützung aus Initiativen, Verbänden, Wirtschaft und Bewegungen. Viele melden sich endlich zu

Begründung

Unser Engagement für die sexuelle Selbstbestimmung und gegen den Paragraphen 219a soll nicht unter den Tisch fallen, vielmehr tragen wir es selbstbewusst nach außen. Nicht nur in Göttingen gab es Veranstaltungen und Demos dazu, die von GRÜNEN Frauen (mit-)organisiert wurden.

Unterstützer*innen

Pippa Schneider (Göttingen KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Kerstin Funk-Pernitzsch (Hildesheim KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Ilona Goldmann-Drescher (Hannover RV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Jutta Abramowski (Göttingen KV); Christa Karras (Braunschweig KV); Svenja Schophaus (Hannover RV); Susanne Stobbe (Göttingen KV); Nicole van der Made (Hannover RV); Swantje Henrike Michaelsen (Hannover RV); Xenia Kellner (Hannover RV); Bela Lange (Schaumburg KV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Regina Meyer (Göttingen KV); Thomas Dabergott (Göttingen KV); Imke Byl (Gifhorn KV)

Ä2 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Tjark Melchert (Gifhorn KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 155 bis 156 einfügen:

Haltung zeigen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik

Eine robuste und innovative Wirtschaft ist die Grundlage für den Erhalt gesellschaftlichen Wohlstands, sozialen Ausgleich und das Gelingen der ökologischen Transformation. Unser wirtschaftspolitisches Leitbild ist deswegen der Dreiklang von ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.

Die Unternehmen in Niedersachsen sind dafür wichtige Partner*innen in einem kritischen Dialog, insbesondere auch Gründer*innen von jungen Unternehmen aus dem Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens. Wir GRÜNE setzen uns für klare und verlässliche Rahmenbedingungen und den Abbau unnötiger Bürokratie für Unternehmen ein, die in Niedersachsen investieren wollen. Dazu gehören aber auch harte Konsequenzen bei Verstößen gegen Gesetze und Richtlinien – auch um faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber ehrlich arbeitenden Unternehmen zu erreichen.

Ein wichtiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist das Schaffen von guter Arbeit. Gemeinsam mit den Unternehmen und den Gewerkschaften wollen wir GRÜNE die Rahmenbedingung für gute Arbeit in Niedersachsen verbessern, die Mitbestimmung stärken und Lohndumping effektiv bekämpfen.

Die Wirtschaft in Niedersachsen konzentriert sich auf derzeit wenige Branchen und Unternehmen mit großen regionalen Unterschieden. Wir GRÜNE wollen Instrumente der Wirtschaftsförderung nutzen, um die wirtschaftliche Basis des Landes zu verbreitern und den Wettbewerb zu stärken. Im Zentrum steht dabei eine erneuerte und gezieltere Innovations- und Gründungsförderung, die den Mut hat, alte Pfade zu verlassen und das Gehen neuer Wege mit Risikobereitschaft zu belohnen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe und nicht-gewinnorientierte Wirtschaftsweisen können einen wichtigen Beitrag zu wirtschaftlicher Stabilität, zur Bereitstellung öffentlicher Güter und Daseinsfürsorge leisten. Wir GRÜNE wollen diesen Beitrag politisch anerkennen und solche Ansätze angemessen fördern.

Haltung zeigen für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Vorstandsvorsitzenden der Dax-Konzerne haben im letzten Jahr das 97-fache

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Eike Lengemann (Hannover RV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Pat Drenke (Hannover RV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Christian Schroeder (Gifhorn KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Gregor Möllring (Hannover RV); Frank Höpner (Gifhorn KV); Helge Böttcher (Braunschweig KV); Felix Schünemann (Hannover RV); Mira Pape (Lüneburg KV); Christiane Lehmann (Gifhorn KV); Thomas Mike Peters (Oldenburg-Stadt KV); Helge Wilker (Hannover RV); Annika Bruck (Diepholz KV); Marius Schulz (Hannover RV); Freya Markowis (Hannover RV); Simone Stolzenbach (Goslar KV)

Ä3 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Tjark Melchert (Gifhorn KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 70 bis 73:

und mehr Transparenz der politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene. Wir treten dafür ein, ~~die Macht der multinationalen Konzerne zu regulieren~~ dass europäische Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Außerdem streiten wir für einen fairen Wettbewerb und einzudämmen wollen dem Missbrauch von Marktmacht durch große Konzerne politisch bekämpfen. Wir lassen nicht zu, dass sie sich aus ihrer Verantwortung stehlen. Europa begreifen wir nicht nur als gemeinsamen Wirtschaftsraum, sondern wir

Begründung

Was mit der "Macht der Konzerne" gemeint ist, ist nicht klar und wieder eher Angstmacherei vor dem "internationalen Finanzkapital". Stattdessen sollten wir auf bestehende Defizite im nicht harmonisierten Steuersystem hinweisen und die bestehenden Monopole (gerade im digitalen Bereich) kritisieren.

Unterstützer*innen

Marcel Ernst (Göttingen KV); Christian Schroeder (Gifhorn KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Eike Lengemann (Hannover RV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Frank Höpner (Gifhorn KV); Helge Böttcher (Braunschweig KV); Pat Drenke (Hannover RV); Felix Schünemann (Hannover RV); Christiane Lehmann (Gifhorn KV); Thomas Mike Peters (Oldenburg-Stadt KV); Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Helge Wilker (Hannover RV); Annika Bruck (Diepholz KV); Marius Schulz (Hannover RV); Freya Markowis (Hannover RV); Simone Stolzenbach (Goslar KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV)

Ä4 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Tjark Melchert (Gifhorn KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 118 bis 120:

Staat der Millionen betrogener Dieseltkund*innen auf dem Schaden sitzen lässt statt die Autokonzerne zu **zwingenverpflichten**, einen Teil ihrer Rekordgewinne für die Regulierung des Schadens aufzuwenden, sät Zweifel, ob Gleichheit vor dem Gesetz

Begründung

Verpflichten statt Zwingen, da es um die Verantwortung der Unternehmen geht und ihre Pflicht, dieser gerecht zu werden. Für "Zwingen" ist die erste Definition bei Duden: **durch Drohung, Anwendung von Gewalt o.Ä. dazu veranlassen, etwas zu tun; zu etwas bringen; nötigen** Das sollte nicht der grüne Umgang und Ton allgemein, auch mit Unternehmen, sein.

Unterstützer*innen

Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Eike Lengemann (Hannover RV); Christian Schroeder (Gifhorn KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Wiebke Haarbrandt (Gifhorn KV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Frank Höpner (Gifhorn KV); Felix Schünemann (Hannover RV); Dustin Rösemann (Gifhorn KV); Mira Pape (Lüneburg KV); Christiane Lehmann (Gifhorn KV); Frank-Markus Warnecke (Gifhorn KV); Annika Bruck (Diepholz KV); Freya Markowis (Hannover RV); Simone Stolzenbach (Goslar KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV)

Ä5 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Tjark Melchert (Gifhorn KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 191 bis 197:

was und vielleicht auch wie viel wir arbeiten, wird sich in nur wenigen Jahren rasant verändern. ~~Wir GRÜNE werden nicht zulassen, dass ein neues Proletariat aus Crowdworker*innen entsteht, die sich weitestgehend ohne soziale Absicherung, von Auftrag zu Auftrag hangelnd, gegenseitig unterbieten oder als schlecht bezahlte soloselbständige Paketbot*innen der „digitalen Elite“ ihre Einkäufe hinterhertragen.~~ Wir GRÜNE wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um diese Gesellschaft gerechter zu machen.. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, bereits jetzt umfassende Konzepte für den notwendigen Umbau unseres Bildungs- und

Begründung

Wir sollten gerade im Bezug auf die Zukunft versuchen, Perspektiven aufzuzeigen und Chancen hervorzuheben und zu nutzen, anstatt nur Angstmache zu betreiben. Das unterscheidet uns wesentlich von anderen Parteien.

Unterstützer*innen

Roland Panter (Hannover RV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Christian Schroeder (Gifhorn KV); Eike Lengemann (Hannover RV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Gregor Möllring (Hannover RV); Frank Höpner (Gifhorn KV); Helge Böttcher (Braunschweig KV); Pat Drenske (Hannover RV); Felix Schünemann (Hannover RV); Mira Pape (Lüneburg KV); Christiane Lehmann (Gifhorn KV); Thomas Mike Peters (Oldenburg-Stadt KV); Annika Bruck (Diepholz KV); Freya Markowis (Hannover RV); Simone Stolzenbach (Goslar KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Simon Gerndt (Wolfenbüttel KV)

Ä6 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Tjark Melchert (Gifhorn KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 107 bis 109 einfügen:

Grundgesetzes und den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit. Deshalb stellen wir uns als liberale Kraft gegen das geplante neue Polizeigesetz, weil es Grund- und Freiheitsrechte bis zur Unkenntlichkeit beschneidet. Wenn Menschen bis zu 74 Tage in Haft

Begründung

Selbstverständnis als liberale Kraft im Kontext von Bürgerrechten betonen.

Unterstützer*innen

Marcel Ernst (Göttingen KV); Pat Drenke (Hannover RV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Eike Lengemann (Hannover RV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Gregor Möllring (Hannover RV); Frank Höpner (Gifhorn KV); Helge Böttcher (Braunschweig KV); Felix Schünemann (Hannover RV); Mira Pape (Lüneburg KV); Christiane Lehmann (Gifhorn KV); Thomas Mike Peters (Oldenburg-Stadt KV); Annika Bruck (Diepholz KV); Freya Markowis (Hannover RV); Simone Stolzenbach (Goslar KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Simon Gerndt (Wolfenbüttel KV)

Ä7 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (Hildesheim KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 128 bis 129 einfügen:

Bürger*innen wirksam zu kontrollieren und geltendes Recht unabhängig von wirtschaftlicher Macht durchzusetzen. Protektionismus blockiert Veränderung. Um Wirtschaftswachstum und gute Arbeitsplätze in Niedersachsen zu garantieren, unterstützen wir Innovationen, ressourcen- und klimaschonende Technik und die Digitalisierung der Industrie.

Begründung

Begrenzung von wirtschaftlicher Macht und Protektionismus sind kein Selbstzweck. Eine Wirtschaft, die sich auf ihren Erfolgen ausruht, wird verdrängt. Wir wollen Niedersachsen lebenswerter machen, deswegen müssen sich die Konzerne bewegen. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Bewegung gesellschaftlich und ökologisch nachhaltig ausfällt.

Unterstützer*innen

Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Gregor Möllring (Hannover RV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Eike Lengemann (Hannover RV); Freya Markowis (Hannover RV); Pat Drenke (Hannover RV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Frauke Patzke (Hannover RV); Silke Stokar von Neuforn (Hannover RV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Simone Stolzenbach (Goslar KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Roland Panter (Hannover RV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Dimitrij Konsewitch (Hannover RV); Felix Schünemann (Hannover RV); Immo Heinzl (Hannover RV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV)

Ä8 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (Hildesheim KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 153 bis 154 einfügen:

für einen zügigen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle.

Egal, ob im Kraftwerk, in der Heizung oder im Auto - wir GRÜNE kleben nicht an veralteten Technologien, sondern haben die Zukunft im Blick: Wir führen Niedersachsen in eine Welt des Sonnen- und Windstroms, der Energiespeicher, der Elektromobilität und der Kraft-Wärme-Kopplung. Wir stehen konsequent für die drei E: Erneuerbar, Effizienz, Einsparung. Die Windenergie an Land ist schon heute die günstigste Methode, Strom zu produzieren. Daneben bietet Photovoltaik große Potenziale für die Städte, die sich ebenfalls an der Energie- und Wärmewende beteiligen wollen. Dezentral können Wärmepumpen einen wichtigen Beitrag leisten. Effizienzgewinne sind im Verkehrssektor durch den Markthochlauf der Elektromobilität zu erwarten. Im Stromsektor muss dafür gesorgt werden, dass Endgeräte weniger verbrauchen und wir wollen, dass die Politik endlich für Produkte sorgt, die länger funktionieren – denn auch ein Handy, dessen Akku vorzeitig den Geist aufgibt, ist ineffizient. Einsparungen wollen wir GRÜNE erreichen, indem wir Energieverschwendung begrenzen. Zu viel Strom und Wärme verpufft heute ungenutzt, das muss ein Ende haben.

Viele Konzepte und technische Möglichkeiten existieren bereits. Niedersachsen soll aber nicht nur mitmachen, sondern Vorreiter werden. Dafür muss die Energiewende-Forschung an den Universitäten intensiviert werden und die Kommunen müssen besser unterstützt werden für eine stringente Umsetzung vor Ort. Gedämmte Häuser, Fahrradwege und Ökologische Landwirtschaft sparen Energie, sind günstig und sind schließlich auch gut fürs Klima

Begründung

Der Abschnitt zum Klimaschutz enthält keine Lösungsvorschläge. Genau die müssen wir als Partei aber liefern.

Unterstützer*innen

Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Gregor Möllring (Hannover RV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Eike Lengemann (Hannover RV); Freya Markowis (Hannover RV); Pat Drenke (Hannover RV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Frauke Patzke (Hannover RV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Silke Stokar von Neuforn (Hannover RV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Simone Stolzenbach (Goslar KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Roland Panter (Hannover RV); Dimitrij Konsewitsch (Hannover RV); Felix Schünemann (Hannover RV); Immo Heinzel (Hannover RV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV)

Ä9 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Stadtverband Osnabrück

Beschlussdatum: 17.10.2018

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 212 bis 214 einfügen:

anzukurbeln und Investitionen in den Wohnungsbau mit einer dauerhaften Sozialbindung massiv zu erhöhen. Dabei wollen wir insbesondere kommunale Wohnungsgesellschaften unterstützen. Mit Blick auf Natur- und Klimaschutz muss die aktuelle Flächenpolitik kritisch begleitet werden. Vertikale Verdichtung statt Flächenfraß hat für uns Priorität. Bestehende Leerstände sollen in genutzten Wohnraum umgewandelt werden. Zudem wollen wir Wohnungstauschbörsen und mehr gemeinschaftliches Wohnen unterstützen. In 19 niedersächsischen Städten und Gemeinden haben wir 2016 die Mietpreisbremse eingeführt. Damit diese Bremse wirklich

Begründung

Wir brauchen flächendeckend kommunale Wohnungsgesellschaften, um mit diesem Instrument am Wohnungsmarkt eingreifen zu können und Veränderungen nicht den Interessen privater Investoren zu überlassen. Mehr Wohnungen allein kann dabei kein Kernziel grüner Wohnungsbaupolitik sein. Grüne Wohnraumkonzepte müssen immer Natur, Umwelt und Klima mitbedenken und eine Balance zwischen sozialen und ökologischen Interessen anstreben.

Ä10 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: OV Bad Rothenfelde

Beschlussdatum: 21.10.2018

Titel

Ändern in:

Entschlossen nachhaltig handeln

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 19 bis 23:

regenerativen und ökologischen Wirtschaftsweise endlich wirksam entgegenreten. ~~Wir wollen Orientierung bieten für alle, die sich in einer komplexen Welt nicht nur mit einfachen Antworten zufriedengeben wollen — Verunsicherung und Angst setzen wir mutige und innovative Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit entgegen!~~ Wir sind der Gegenentwurf zu Populismus. Populisten ködern die Menschen mit trügerisch einfachen Antworten, die weit entfernt sind von nachhaltigen Lösungsmöglichkeiten, sondern allein dem Machtgewinn dienen. Wir hingegen setzen Verunsicherung und Sorge mutige, innovative und machbare Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit entgegen. Wir holen die Menschen ab dort wo sie sind. Unsere Politik dient keinem egoistischen Selbstzweck. Klimabedingte Umbrüche werden alle Teile der Gesellschaft global treffen. Diese gemeinsame Sorge und der Wunsch nach Gerechtigkeit treibt uns an. Wir wollen rechtzeitig handeln für die Sicherung unserer gemeinsamen Existenz- und Lebensgrundlagen.

Begründung

Zur Überschrift: Wer sein Selbstbewusstsein erwähnen muss, ist es nicht. Zum Text: Begründung erfolgt mündlich

Ä11 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: OV Bad Rothenfelde

Beschlussdatum: 21.10.2018

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 48 bis 50 einfügen:

verantwortungsloser Untätigkeit endlich ernsthaft der Klimakrise entgegentreten wollen. Über Klimaschutz reden und das Gegenteil beschließen muss dringend ersetzt werden durch entschlossenes Handeln für wirksamen Klimaschutz.

Begründung

mündlich

Ä12 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: OV Bad Rothenfelde

Beschlussdatum: 21.10.2018

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 54 bis 57:

gesellschaftliche Spaltung abtut und die Klimakrise ignoriert, setzen wir eine Politik entgegen, die Lösungen anbietet, statt Probleme auszublenden. ~~Eine Politik, die integriert statt auszugrenzen, die Ängste bekämpft statt sie zu schüren und die Vielfalt wertschätzt.~~ Wir Grüne stehen für eine Politik, die Vielfalt wertschätzt und integriert statt ausgrenzt, die Angst-Ursachen ernst nimmt und wirksam Lösungen findet, statt Ängste zu schüren.

Ä13 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: OV BAd Rothenfelde

Beschlussdatum: 21.10.2018

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 227 bis 228:

~~Gemeinsam sind wir~~ Wir erarbeiten mit klarer Haltung und gemeinsam mit den Betroffenen politische Lösungswege, damit unsere Gesellschaft und Wirtschaft durch richtige Weichenstellung unser Land im Herzen Europas in eine gesunde, gerechte, erfolgreiche und friedliche Zukunft lenken können. Auch auf der Straße ~~und~~ zeigen ~~Flagge gegen rechte Hetze~~ wir Flagge, um den politischen Druck und ~~den Informationsfluss zu erhöhen, gegen völkische Hetze, jede Art von Gewalt,~~ für eine offene Gesellschaft. Wir demonstrieren für Freiheit und Bürgerrechte gegen

Begründung

mündlich

Ä14 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (Hildesheim KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 203 bis 208:

~~In einigen Großstädten können sich die Busfahrerinnen oder der Polizeibeamte in der Stadt, in der sie den ganzen Tag arbeiten, keine Wohnung mehr leisten. Auch wenn diese extreme Form der Gentrifizierung in Niedersachsen bisher eher Stadtteile als ganze Städte erfasst hat, gibt es auch bei uns einen erheblichen Mangel an bezahlbarem Wohnraum.~~ Gentrifizierung und zu wenig sozialer Wohnungsbau haben auch bei uns zu einem erheblichen Mangel an günstigem Wohnraum geführt. Davon sind vor allem die Großstädte und die demografischen Wachstumsregionen betroffen: Für rund zwei Drittel der rund 90.000

Begründung

Es bedarf einer neuen Initiative zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Es gibt tatsächlich viele, die sich gute Wohnungen in guter Lage, zB zum Arbeitsort, nicht leisten können, wie beispielsweise Alleinerziehende oder Studierende. Busfahrer*innen und Polizist*innen gehören aber sicher nicht dazu. Trotz mangelnden sozialen Wohnungsbaus gibt es noch viele günstige Wohnungen, die Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften anbieten. Wir sollten das Leben in unseren Städten nicht schlechter darstellen, als es ist.

Unterstützer*innen

Gregor Möllring (Hannover RV); Eike Lengemann (Hannover RV); Pat Drenke (Hannover RV); Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Frauke Patzke (Hannover RV); Silke Stokar von Neuforn (Hannover RV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Roland Panter (Hannover RV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Dimitrij Konsewitch (Hannover RV); Immo Heinzel (Hannover RV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Felix Schünemann (Hannover RV); Julia Stock (Hannover RV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Maaret Westphely (Hannover RV); Rüdiger Zimmeck (Hannover RV); Helge Böttcher (Braunschweig KV); Jan Haude (Hannover RV)

Ä15 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (Hildesheim KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 218 bis 220:

wollen wir aufkommensneutral gestalten und dabei die Mieter*innen nicht zusätzlich belasten.

~~Populistischen Versuchen, Klimaschutz gegen bezahlbaren Wohnraum auszuspielen, erteilen wir eine klare Absage.~~ Preistreiber im Wohnungsbau sind insbesondere Tiefgaragen, Aufzüge und luxuriöse Innenausstattungen. Hochwertige energetische Standards machen das Wohnen hingegen preiswerter - sofort für die Bewohner*innen und langfristig auch wirtschaftlicher für die Besitzer*innen. Wir wollen dafür sorgen, dass die zweite Miete (Nebenkosten) sinkt. Wegweisende Projekte, wie die energetische Mietpreisabfederung in Hannover, wollen wir Niedersachsenweit zum Standard machen.

Begründung

Anstatt die Argumente der Energiewendegegner zu wiederholen, sollten wir unsere Vorstellungen erklären. Die Zweite Miete (Nebenkosten) werden bei steigenden Heizkosten zu einer ernsthaften Belastung. Studien zeigen, dass energetische Sanierungen in fast allen Fällen wirtschaftlich sind (z.B. FIW München: http://www.fiw-muenchen.de/media/pdf/wirtschaftlichkeit_daemmung_gdi_studie_2015_online.pdf) und Häuser mit besonders gutem Wärmeschutz im Neubau nicht wesentlich teurer werden (zB Stadt Hamburg: <https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/>) In Hannover können Wohnungsbesitzer*innen, die ihre Immobilie energetisch sanieren, einen finanziellen Zuschuss erhalten wenn sie im Gegenzug die Miete niedrig halten.

Unterstützer*innen

Claudia Lea Beckmann (Hannover RV); Annika Bruck (Diepholz KV); Frauke Patzke (Hannover RV); Silke Stokar von Neuforn (Hannover RV); Pat Drenke (Hannover RV); Gerald Heere (Braunschweig KV); Tilman Krösche (Braunschweig KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Mathis Weselmann (Göttingen KV); Eike Lengemann (Hannover RV); Dimitrij Konsewitch (Hannover RV); Immo Heinzel (Hannover RV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Felix Schünemann (Hannover RV); Julia Stock (Hannover RV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Belit Nejat Onay (Hannover RV); Maaret Westphely (Hannover RV); Rüdiger Zimmeck (Hannover RV); Helge Böttcher (Braunschweig KV); Jan Haude (Hannover RV)

Ä1 Haushaltsentwurf 2019

Antragsteller*in: Ute Michel (HamelN-Pyrmont KV)

Redaktionelle Änderung

DIES IST KEINE REDAKTIONELLE ÄNDERUNG, unter "Neuer Antragstext" erscheint der Originaltext aber nicht, so dass ich anders keinen Änderungsantrag stellen kann. Mein ÄA zur LaVo-Vergütung lautet: Die Kürzung der Vergütung für die Beisitzer*innen im Vorstand und den/die Schatzmeister*in wird nicht umgesetzt und zur weiteren Beratung in den neuen Vorstand verwiesen.

Begründung

Es ist unstrittig, dass aufgrund von deutlich reduzierten Einnahmen - wie nach der Landtagswahl 2017 - strukturelle Änderungen am Haushalt des Landesverbandes vorgenommen werden müssen, um die Ausgaben dauerhaft zu reduzieren.

Die vorgesehene Kürzung der Vergütung der Beisitzer*innen und des/der Schatzmeister*in in Höhe von insgesamt 5.400 € pro Jahr ist jedoch für die mittel- und langfristige Entwicklung des Landesverbandes völlig kontraproduktiv – gerade in einer Phase, in der auch zentrale Kapazitäten eher gestärkt werden sollten.

Die Professionalisierung des Landesvorstandes durch die Vergütung der beiden Vorsitzenden in hauptamtlicher Funktion war ein richtiger Schritt. Die Stellung und Funktionsfähigkeit der weiteren Vorstandsmitglieder sollte jetzt nicht geschwächt werden. Allein ihr zeitlicher Aufwand ist auch erheblich, insbesondere wenn sie nicht im Großraum Hannover leben. Auch wenn sich Motivation und Engagement aus anderen Quellen speisen, ist zu befürchten, dass die Kürzung von 40 % der Vergütung für die Beisitzer*innen und 50 % für den/die Schatzmeister*in die Aufgabe zukünftig noch weniger attraktiv macht, während Amtsinhaber*innen in vielen Bereichen eine den Vorsitzenden gleichwertige Arbeit leisten.

Die zur Vermeidung der Kürzung erforderlichen Mittel müssen auf andere Weise erbracht werden. Der neue Vorstand soll dazu Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

Unterstützer*innen

Georg Berner-Waindok (Wilhelmshaven KV); Franziska Zielke (Friesland KV); Olaf Harjes (Friesland KV); Sigrid Busch (Friesland KV); Ulf Berner (Wilhelmshaven KV); Sascha Südkamp-Schüür (Friesland KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Wilma Virginia Nyari (Wilhelmshaven KV); Georg Petau (Holzminden KV); Annegret Hertel (Wilhelmshaven KV); Stefan Hertel (Wilhelmshaven KV); Dagmar Lotz-Arkenau (Friesland KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Daniel Bredemeyer (HamelN-Pyrmont KV); Frank Nietardt (HamelN-Pyrmont KV); Waltraut Brümmer (HamelN-Pyrmont KV); Wilhelm Koops (HamelN-Pyrmont KV); Britta Kellermann (HamelN-Pyrmont KV)

Ä2 Haushaltsentwurf 2019

Antragsteller*in: Ute Michel (HamelN-Pyrmont KV)

Redaktionelle Änderung

DIES IST KEINE REDAKTIONELLE ÄNDERUNG, unter "Neuer Antragstext" erscheint der Originaltext aber nicht, so dass ich anders keinen Änderungsantrag stellen kann. Mein ÄÄ zum Personal lautet: Die Kürzung der Personalkosten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird nicht umgesetzt und zur weiteren Beratung in den neuen Vorstand verwiesen.

Begründung

Es ist unstrittig, dass aufgrund von deutlich reduzierten Einnahmen - wie nach der Landtagswahl 2017 - strukturelle Änderungen am Haushalt des Landesverbandes vorgenommen werden müssen, um die Ausgaben dauerhaft zu reduzieren.

Andererseits ist es ebenso richtig, strategisch wichtige Funktionen unserer Partei dauerhaft sicherzustellen. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit spielt dabei für die Stärkung von Partei und Wählerpotenzialen eine zentrale Rolle; der Erfolg von Wahlkampagnen beruht zu einem nicht unerheblichen Teil auf kontinuierlich geleisteter Arbeit in den Jahren davor. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sollte daher, in Ergänzung zu der bereits erfolgten Umstrukturierung, personell wieder gestärkt werden.

Da es sicherlich schwierig sein dürfte, die dafür erforderlichen Mittel an anderen Stellen im laufenden Haushalt zu generieren, wäre zumindest zu überlegen, ob dafür auf Rücklagen zurückgegriffen werden sollte. Der Landesverband hat in den letzten Jahren eine vorausschauende Finanzplanung betrieben. Rücklagen sollten es ja gerade ermöglichen, Zeiten mit geringerem Wahlerfolg zu überbrücken. Die Entnahme der erforderlichen Summe würde nicht zu einer drastischen Verringerung der Rücklagen führen und ist auch nicht als Signal gemeint, von der soliden Planung abzuweichen.

Unterstützer*innen

Sigrid Busch (Friesland KV); Georg Berner-Waindok (Wilhelmshaven KV); Franziska Zielke (Friesland KV); Ulf Berner (Wilhelmshaven KV); Sascha Südkamp-Schüür (Friesland KV); Wilma Virginia Nyari (Wilhelmshaven KV); Georg Petau (Holzminden KV); Annegret Hertel (Wilhelmshaven KV); Stefan Hertel (Wilhelmshaven KV); Dagmar Lotz-Arkenau (Friesland KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Micha Halfwassen (Leer/Ostfriesland KV); Daniel Bredemeyer (HamelN-Pyrmont KV); Frank Nietardt (HamelN-Pyrmont KV); Waltraut Brümmer (HamelN-Pyrmont KV); Wilhelm Koops (HamelN-Pyrmont KV); Britta Kellermann (HamelN-Pyrmont KV); Mechthild Clemens (HamelN-Pyrmont KV); Dieter Kölkebeck (HamelN-Pyrmont KV); Deike Peters (HamelN-Pyrmont KV); Anett Dreisvogt (HamelN-Pyrmont KV)

Ä1 Klimakrise entschärfen: 1,5-Grad-Ziel erreichen. Ursachen jetzt angehen, Folgen abmildern

Antragsteller*in: OV Bad Rothenfelde

Beschlussdatum: 21.10.2018

Änderungsantrag zu KK2

Von Zeile 69 bis 70 einfügen:

Energetische Modernisierung darf nicht für überzogene Mieterhöhungen missbraucht werden.

Auch in der Industrie gibt es weiterhin bis zu 30 % Energieeinsparpotential und viel CO2-Vermeidungsmöglichkeiten. Photovoltaik und Solarthermie sind zum Beispiel von den produzierenden Unternehmen als sinnvolle Ergänzung zur Energiegewinnung zu Unrecht verkannt - Einsparpotentiale durch Optimierungen z.B. durch digitale Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Wir wollen auch hier in den Dialog treten und Handeln für den Klimaschutz endlich voranbringen. Klimaschutz Ökologie und Ökonomie sind keine Gegenpole. Klimaschutz, Ökologie und Ökonomie sind - richtig verstanden - eine hochpotente Symbiose. Hier darf sich kein Sektor mehr ausnehmen, alle Sektoren müssen durch politische Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden konsequent und motiviert zu handeln. Unsere Zielsetzung ist politisch konsequent und verlässlich.

Begründung

Alle Sektoren haben einen Beitrag zu leisten und können das auch. Daher muss hier das Einsparpotential in der Industrie auch erwähnt werden.

Ä1 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: KV Heidekreis

Beschlussdatum: 19.09.2018

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 171 bis 173 einfügen:

voraus: Ob eine Urwahl durchgeführt wird, entscheidet jeweils der Landesvorstand gemeinsam mit dem Parteirat mit jeweiliger 2/3 Mehrheit.

Gute Personalentwicklung beginnt nicht erst kurz vor den Wahlen und sie beginnt

Begründung

Über die Spitzenkandidatur sollte nicht nur der Landesvorstand entscheiden. Wir schlagen deshalb die Regelung der Bundessatzung vor.

Da der Parteirat nur ein beratendes Gremium ist, bitten wir den Landesvorstand, die Rechtmäßigkeit einer derartigen Regelung zu prüfen. Siehe dazu unseren entsprechenden Antrag auf Satzungsänderung S3 § 25 Urabstimmung

Ä2 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

Menschen im Alltag – und es sind Themen, die zentral für eine sozial-ökologische Transformation sind. Bei den letzten Wahlen haben wir uns als ökologische Kraft positioniert. Schwerpunkte waren unter anderem Tier-, Natur- und Klimaschutz. Diese Themen sind und bleiben Kern unserer politischen Identität. Die Krise der früheren „Volksparteien“ bedeutet aber, dass ganze Themenbereiche wie die Sozial- und die Wirtschaftspolitik, ihre parteipolitische Vertretung verlieren. Hier haken wir Grüne noch stärker ein und entwickeln weiterhin tragfähige Konzepte, die der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Um Menschen von unseren Ideen zu überzeugen, gilt es dafür auch offensiv nach außen zu werben. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit. So beginnt unser aktuell gültiges Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2002. Wir GRÜNE tragen in allen Politikfeldern unseren Teil der Verantwortung für eine offene, gerechte und vielfältige Gesellschaft. Als progressive Kraft suchen wir nach Wegen, den wirtschaftlichen Wohlstand unserer Gesellschaft angesichts der ökologischen und sozialen Herausforderungen zu erhalten. Als Rechtsstaatspartei wollen wir Sicherheit erhalten, ohne bürgerliche Freiheitsrechte in Frage zu stellen. Das bedeutet aber auch: Wir überlassen die drängenden gesellschaftlichen Themen nicht anderen. Wir suchen faire Kompromisse, um unsere Gesellschaft sozial-ökologisch und damit zukunftsfähig aufzustellen.

Um dem gerecht zu werden, müssen wir attraktive Ansprech- und

Unterstützer*innen

Anja Piel (Hameln-Pyrmont KV); Christian Meyer (Holzminden KV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Gregor Kreuzer (Göttingen KV); Konstantin Mallach (Göttingen KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Julian Arends (Göttingen KV); Christopher Steiner (Hannover RV); Susanne Stobbe (Göttingen KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Valentin Büchi (Göttingen KV); Jutta Abramowski (Göttingen KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Katja Keul (Nienburg KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Bela Lange (Schaumburg KV); Jan Wienken (Vechta KV)

Ä3 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 89 bis 91 einfügen:

Mitglieder einzubinden, andererseits um konkrete Maßnahmen und Vorschläge zu einem Problembereich zu erarbeiten. Diese Impulse sind u.a. die Grundlage für unser Profil als Konzeptpartei, die mit ihren eigenständigen politischen Entwürfen gesamtgesellschaftlich relevante Problemlagen identifiziert und handhabbare Lösungen entwirft. Somit qualifizieren wir uns kompetent und thematisch breit aufgestellt als Taktgeberin in möglichen Regierungsbeteiligungen und unterstreichen unseren grundwertefesten Gestaltungswillen. Gleichzeitig überzeugen wir als Opposition durch eine kompetente und kritische Parlamentsarbeit und empfehlen uns der immer größer werdenden Anzahl an Bürger*Innen, die eine progressive, sozial-ökologische Wende jenseits marktliberaler Dogmen zunehmend befürwortet. Wir arbeiten an einer Zeitenwende.

Die Bandbreite und Diversität grüner Themensetzungen macht zudem deutlich, dass wir als GRÜNE nicht auf die Rolle einer „Öko-Partei“ reduziert werden können. Wir können Politik - und das in allen Bereichen. Ob Wirtschaft, innere Sicherheit, Bildung, Kultur, Hochschule, Soziales, Digitales, Agrar, Verbraucherschutz und Finanzen - nichts läuft mehr unterhalb des grünen Radars. Unsere umfassenden Konzepte für eine progressive Neuausrichtung werden von einer zunehmenden Anzahl von Bürger*innen als radikale Notwendigkeit einer neuen, zukunftsweisenden Politik verstanden. Diese wird von vielen Akteuren in Wirtschaft und Politik in ihrer Dringlichkeit noch zu häufig ignoriert oder geleugnet.

Darüber hinaus werden wir zusätzliche Möglichkeiten für Beteiligung und

Unterstützer*innen

Jonathan Thurow (Hildesheim KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Christian Meyer (Holzminden KV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Gregor Kreuzer (Göttingen KV); Konstantin Mallach (Göttingen KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Julian Arends (Göttingen KV); Christopher Steiner (Hannover RV); Susanne Stobbe (Göttingen KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Valentin Büchi (Göttingen KV); Jutta Abramowski (Göttingen KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Bela Lange (Schaumburg KV); Jan Wienken (Vechta KV)

Ä4-1 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: Christian Meyer (Holzminden KV)

Änderungsantrag zu GA1

In Zeile 1 einfügen:

Grüner Aufbruch in Niedersachsen - Starke Inhalte, starke GRÜNE

Begründung

Wir Grüne müssen uns gegen die Groko in Land und Bund stärker neue Verbündete suchen für unsere Politik. Dazu gehört Offenheit, Dialog und eine klare Haltung gegen Rechts.

Unterstützer*innen

Anja Piel (HamelN-Pyrmont KV); Rasmus Grobe (Verden KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christopher Steiner (Hannover RV); Anka Dobslaw (Lüneburg KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Jan Wienken (Vechta KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Katja Keul (Nienburg KV); Jonathan Thurow (Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Gregor Kreuzer (Göttingen KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Ä4-2 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: Christian Meyer (Holzminden KV)

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

und Lösungen anbietet. Unser zentrales Ziel ist, mehr Menschen von GRÜNER Politik zu überzeugen.

Wir GRÜNE werden gebraucht - weil Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme die Axt an die Wurzel des gesellschaftlichen Zusammenhalts legen, weil wieder gegen Minderheiten und Andersdenkende, gegen Presse und Justiz gehetzt wird, weil weite Teile der Politik die Augen vor dem Klimawandel und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich verschließen, weil die europäische Integration nicht mehr unumkehrbar scheint. Beide früheren Volksparteien sind tief verunsichert vom Wegfall traditioneller Milieus und der Konkurrenz von links und extrem rechts. Wir können uns nicht länger darauf verlassen, dass Sozialdemokrat*innen und Christdemokrat*innen die Gesellschaft zusammenhalten und ihre drängendsten Probleme zu lösen. Sie befinden sich in einer existenzbedrohenden Krise und haben nicht mehr die Kraft dazu.

Deshalb werden wir GRÜNE nicht nur als einzige konsequent ökologische Kraft gebraucht, nicht nur als kritisch mahnende Stimme und nicht nur als Partei für die vergessenen aber wichtigen Themen. Grüne nehmen die gesellschaftlichen Veränderungen wie die wachsende Kluft von Arm und Reich, die Digitalisierung, das Abgehängtsein von Entscheidungen und den Angriff von Rechts auf unsere Grund- und Menschenrechte, die Medienfreiheit und die Demokratie, aber auch auf Weltoffenheit, sexuelle Toleranz, Feminismus und Ökologie mit Entschiedenheit und Haltung an.

Die neuen und alten Rechten sind nicht nur Fremdenfeinde, sondern auch Klimaleugner, Waffenfetischisten und Gegner der Freiheit, sozialen Gerechtigkeit und Aufklärung.

Für uns Grüne heißt es daher auch wieder stärker Bewegungspartei zu werden. Auf der Straße und in der Kneipe müssen wir gegen die rechte, menschenfeindliche Hetze entgegentreten.

Wir profitieren von unserer klaren Haltung ohne Aufweichen von Positionen. Wer Rechten hinter herläuft, etwa durch Verschärfungen im Asylrecht oder Polizeigesetz, macht sie stark und nicht schwach, wie es die alten Volksparteien SPD und CDU gerade erleben müssen.

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

attraktiv. Eine lebendige Debattenkultur ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Personalentwicklung.

Neue Verbündete suchen - Offenheit mit klarer Haltung

Und wir Grüne wollen neue Verbündete suchen, die gerade von der Großen Koalition in Niedersachsen enttäuscht werden. Wir stehen an der Seite der Mieter*inneninitiativen für faires Wohnen, den Gewerkschaften bei den Folgen der Digitalisierung und dem Schutz der Arbeitnehmer*innen vor Ausbeutung. Wir stehen an der Seite von Handwerk und kleinen Energieunternehmen, die vom Ausbremsen der Energiewende betroffen sind. An der Seite der wachsenden Zahl von ökologischen und progressiven Landwirt*innen und Unternehmen, die auf Tierschutz und Umweltschonung setzen. An der Seite der Feuerwehrleute und Polizist*innen, die im Rauch des Moorbrandes von CDU und SPD im Stich gelassen werden. Den betrogenen Dieselfahrer*innen, die ein Recht auf Entschädigung und

Hardwarenachrüstung haben. An der Seite der Bäcker*innen und Schlachter*innen, die keine Schadstoffe in Lebensmitteln, einen guten Verbraucherschutz und faire Preise wollen. Den Menschen im Ländlichen Raum, die auf einen schnellen Internet Zugang warten und die aus unserer Sicht genauso einen Rechtsanspruch darauf haben sollten wie in den Städten. Die Auszubildenden, die einen kostenlosen ÖPNV zur Lehrstelle benötigen und die Mitarbeiter*innen in Pflege und Kita, die höhere Löhne und bessere Unterstützung wollen. An der Seite der Frauen, die einen Platz im Frauenhaus benötigen und für die Sexismus immer noch Alltag ist. An der Seite der Studierenden, die auf fairen und ausreichenden Wohnraum hoffen und den vielen Demokrat*innen und Bürgerinitiativen die für Beteiligung, Gehör, Hilfe für die Schwachen eintreten. GRÜN ist breit aufgestellt und bezieht Position.

Wir sind damit nicht marktliberal, im Sinne von Schutz der Konzerne vor Umweltauflagen oder höheren Steuern, sondern progressiv für Bürger*innen- und Verbraucher*innenrechte auch gegen den Dieselmotortrug oder Abzocke durch Konzerne. Wir sind für faire sozial-ökologische Marktregeln und für eine liberale, offene Gesellschaft, in der Jede*_r dazugehört und gleiche Rechte und Möglichkeiten hat, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Beeinträchtigung oder Einkommen.

Begründung

Wir Grüne müssen uns gegen die Groko in Land und Bund stärker neue Verbündete suchen für unsere Politik. Dazu gehört Offenheit, Dialog und eine klare Haltung gegen Rechts.

Unterstützer*innen

Anja Piel (Hamel-Pyrmont KV); Rasmus Grobe (Verden KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christopher Steiner (Hannover RV); Anka Dobslaw (Lüneburg KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Jan Wienken (Vechta KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Katja Keul (Nienburg KV); Jonathan Thurow (Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Gregor Kreuzer (Göttingen KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Ä4-3 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: Christian Meyer (Holzminden KV)

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:

attraktiv. Eine lebendige Debattenkultur ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Personalentwicklung.

Neue Verbündete suchen - Offenheit mit klarer Haltung

Und wir Grüne wollen neue Verbündete suchen, die gerade von der Großen Koalition in Niedersachsen enttäuscht werden. Wir stehen an der Seite der Mieter*inneninitiativen für faires Wohnen, den Gewerkschaften bei den Folgen der Digitalisierung und dem Schutz der Arbeitnehmer*innen vor Ausbeutung. Wir stehen an der Seite von Handwerk und kleinen Energieunternehmen, die vom Ausbremsen der Energiewende betroffen sind. An der Seite der wachsenden Zahl von ökologischen und progressiven Landwirt*innen und Unternehmen, die auf Tierschutz und Umweltschonung setzen. An der Seite der Feuerwehrleute und Polizist*innen, die im Rauch des Moorbrandes von CDU und SPD im Stich gelassen werden. Den betrogenen Dieselfahrer*innen, die ein Recht auf Entschädigung und Hardwarenachrüstung haben. An der Seite der Bäcker*innen und Schlachter*innen, die keine Schadstoffe in Lebensmitteln, einen guten Verbraucherschutz und faire Preise wollen. Den Menschen im Ländlichen Raum, die auf einen schnellen Internet Zugang warten und die aus unserer Sicht genauso einen Rechtsanspruch darauf haben sollten wie in den Städten. Die Auszubildenden, die einen kostenlosen ÖPNV zur Lehrstelle benötigen und die Mitarbeiter*innen in Pflege und Kita, die höhere Löhne und bessere Unterstützung wollen. An der Seite der Frauen, die einen Platz im Frauenhaus benötigen und für die Sexismus immer noch Alltag ist. An der Seite der Studierenden, die auf fairen und ausreichenden Wohnraum hoffen und den vielen Demokrat*innen und Bürgerinitiativen die für Beteiligung, Gehör, Hilfe für die Schwachen eintreten. GRÜN ist breit aufgestellt und bezieht Position. Wir sind damit nicht marktliberal, im Sinne von Schutz der Konzerne vor Umweltauflagen oder höheren Steuern, sondern progressiv für Bürger*innen- und Verbraucher*innenrechte auch gegen den Dieselbetrug oder Abzocke durch Konzerne. Wir sind für faire sozial-ökologische Marktregeln und für eine liberale, offene Gesellschaft, in der Jede*_r dazugehört und gleiche Rechte und Möglichkeiten hat, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Beeinträchtigung oder Einkommen.

Begründung

Wir Grüne müssen uns gegen die Groko in Land und Bund stärker neue Verbündete suchen für unsere Politik. Dazu gehört Offenheit, Dialog und eine klare Haltung gegen Rechts.

Unterstützer*innen

Anja Piel (Hameln-Pyrmont KV); Rasmus Grobe (Verden KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christopher Steiner (Hannover RV); Anka Dobslaw (Lüneburg KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Jan Wienken (Vechta KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Katja Keul (Nienburg KV); Jonathan Thurow

(Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV);
Gregor Kreuzer (Göttingen KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Ä5 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: KV Oldenburg-Stadt

Beschlussdatum: 18.10.2018

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 22 bis 30:

klaren Botschaften und eingängiger Sprache überzeugen: optimistisch und mutig; verständlich und machbar. Ziel ist es, ~~ebenenübergreifend~~ auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene übergreifend kampagnenfähig zu sein und auch außerhalb von Wahlkämpfen aktuelle Themen schnell aufzugreifen. Viele Menschen sind motiviert und bereit, sich aktiv mit notwendigen Veränderungen auseinanderzusetzen und etwas zu bewegen. ~~Daran müssen wir künftig mit unseren Kampagnen stärker ansetzen.~~ Kampagnenplanung erhält ~~durch die~~ mittels einer Neustrukturierung der Referate der Landesgeschäftsstelle eine höhere Priorität. Damit unsere Kampagnen landesweit ~~schlagkräftig und wahrnehmbar~~ wirkungsvoll sind, ~~wollen wir unter~~ werden wir unter anderem die Kreis- und Ortsverbände stärker einbeziehen und die Chancen sozialer

Von Zeile 32 bis 44:

Es ist gleichzeitig die Aufgabe der Landespartei, über das Alltagsgeschäft hinauszudenken und Strategien und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln: ~~programmatisch~~ und ~~organisatorisch~~ für die Zukunft, sowohl unter programmatischen als auch organisatorischen Gesichtspunkten, Strategien und Konzepte zu entwickeln. [Zeilenumbruch]

Es muss uns gelingen, Debatten anzustoßen und für unsere Werte und politische Ziele gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren. Wenn wir die parlamentarische Opposition mit außerparlamentarischen Bewegungen zusammenbringen, können wir ~~wirksam~~ gemeinsam ~~wirksamen~~ Druck auf die jeweilige Landes- und Bundesregierung erzeugen. ~~Dafür brauchen wir Kampagnen, die vor Ort und auf Landes- sowie Bundesebene ineinandergreifen. Dazu gehört auch,~~ Wichtig ist es, Verbündete wiederzugewinnen, die mit Entscheidungen aus der Zeit der Regierungsbeteiligung nicht einverstanden waren.

Ein zentraler Ort ~~für GRÜNE Botschaften~~ unserer Willensbildung sind ~~unsere~~ die Landesdelegiertenkonferenzen. Diese werden wir zukünftig noch stärker für ~~Bilder und~~ aussagekräftige ~~politische~~ Botschaften und Bilder nutzen.

Von Zeile 46 bis 209:

~~Wir wollen den Dialog mit der Zivilgesellschaft ausbauen — für Anstöße zur programmatischen Weiterentwicklung und um gesellschaftliche Mehrheiten zu entwickeln. Mit einer klaren eigenen Haltung, aber offen und interessiert für die Perspektiven anderer. Wir möchten uns auch stärker mit Positionen in der Gesellschaft auseinandersetzen, die in unseren Gremien nicht vertreten sind. Wir freuen uns, wenn sich Menschen bei uns einbringen, die uns nahestehen, aber (noch) kein Mitglied sein wollen und wir suchen gezielt den Austausch mit denjenigen, die anderer Meinung sind.~~

~~Auch deshalb werden wir einen Dialog mit gesellschaftlichen Akteur*innen, Multiplikator*innen und Expert*innen etablieren, der die verschiedenen politischen Ebenen einbezieht.~~

~~Der Parteirat ist ein Ort, wo wir zukünftig strategische Dialoge mit Akteur*innen aus Verbänden, Initiativen und Wirtschaft auf Landesebene führen wollen. Denn hier kommen Vertreter*innen aller politischen Ebenen des Landesverbands zusammen. Damit stärken wir den Parteirat als wichtiges Gremium für strategische Entscheidungen. In aktuellen politischen Diskursen soll der Parteirat eine stärkere Rolle für die Positionierung des Landesverbands einnehmen und konkrete Vorschläge erarbeiten. Seine Sichtbarkeit in der Partei wollen wir erhöhen und seine Arbeit und seine Beschlüsse transparent machen. Dadurch~~

steigt seine Bedeutung innerhalb des Landesverbands und seine Attraktivität für Menschen, die Verantwortung innerhalb der Partei übernehmen wollen und können.

Mit Debatten gewinnen wir an Profil — auch oder gerade durch kontroverse. Nur so wird klar, dass wir GRÜNE die entscheidenden Zukunftsthemen diskutieren. An unserer Debattenkultur werden wir daher weiterarbeiten und Positionen beziehen und argumentieren — zu Themen, die die Gesellschaft bewegen. Nur mit einer offenen, an der Sache orientierten Debattenkultur profitieren wir von innerparteilicher Pluralität. Eine Partei, die konstruktiv diskutiert, ist attraktiv. Eine lebendige Debattenkultur ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Personalentwicklung. **Engagement und Beteiligung ausbauen** Wir leben von der aktiven Beteiligung unserer Mitglieder. Engagement, Vernetzung und Beteiligung wollen wir deshalb weiter stärken. Unser Leitmotiv lautet: Engagement bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen ist vielfältig, wirkungsvoll, geprägt von Wertschätzung und es macht Spaß!

Wir haben erstmals in unserer Geschichte mehr als 7.000 Mitglieder. Immer mehr Menschen wollen mit uns das Land positiv verändern. Unser Ziel ist es, dass sie sich bei uns aktiv beteiligen. Dafür müssen wir die bestehenden Möglichkeiten, bei uns mitzuwirken, transparenter machen: Für Neumitglieder genauso, wie für diejenigen, die länger nicht mehr aktiv waren oder die sich auf neuen Wegen einbringen wollen. Gemeinsam mit unseren thematischen Landesarbeitsgemeinschaften arbeiten wir daran, diese „programmatischen Keimzellen“ künftig noch zielorientierter zu gestalten — einerseits, um mehr Mitglieder einzubinden, andererseits um konkrete Maßnahmen und Vorschläge zu einem Problembereich zu erarbeiten.

Darüber hinaus werden wir zusätzliche Möglichkeiten für Beteiligung und Engagement entwickeln und bestehende intensiver nutzen. Dazu gehören die verschiedenen Mittel des GRÜNEN Netzes, online zusammenzuarbeiten und sich auszutauschen. Die Möglichkeit, online über den GRÜNEN Monitor alle Mitglieder zu befragen, ist bisher sehr gut angenommen worden. Wir wollen mit diesem Instrument auch weiterhin jedes Jahr mindestens einmal die Einschätzung aller Mitglieder zu wichtigen Fragen GRÜNER Politik und inhaltlichen Schwerpunkten in Niedersachsen einholen, um sie in Debatten und Entscheidungen im Parteirat und Landesvorstand einzubeziehen.

Auch das GRÜNE Forum wollen wir als ein Format des direkten und persönlichen Austauschs weiter regelmäßig nutzen, um die verschiedenen politischen Ebenen besser zu vernetzen und besonders die Kompetenzen aus der Kommunalpolitik einzubeziehen und Erfahrungen aus Gemeinden im ländlichen Raum sowie aus Städten auszutauschen.

Um die Beteiligungsmöglichkeiten weiter zu stärken, wollen wir Mitgliederbegehren analog zum Verfahren im Bundesverband einführen. So sollen Mitglieder ihre Anliegen einfach und direkt in den Landesverband einbringen können.

Im Schnitt hat jedes fünfte GRÜNE Mitglied ein kommunales Mandat. Die Erwartungen an ehrenamtliche Politiker*innen steigen: Viele Aktive sind mehrfach eingebunden, zudem steigen die Anforderungen an Politik zum Beispiel bei der Vermittlung von politischer Arbeit, Beteiligung von Bürger*innen und durch immer schnellere Kommunikationskanäle. Nicht alle Mitglieder können oder möchten Ämter oder Mandate übernehmen. Viele wollen sich zeitlich und thematisch begrenzt einbringen. Dafür entwickeln wir als Partei Beteiligungsmöglichkeiten und eine noch bessere Beteiligungskultur. Dazu gehören Formate, bei denen sich Mitglieder und Sympathisant*innen je nach zeitlichem Budget auch ortsunabhängig engagieren können. Mit unserem einjährigen Projekt zum „Lernen und Arbeiten in der digitalen Zukunft“ und einem Barcamp haben wir zwei neue Beteiligungsformate an den Start gebracht, mit denen wir programmatische Weiterentwicklung, Vernetzung und neue Arbeitsweisen verbinden. Wir werden die Erfahrungen mit diesen Formaten auswerten und Kreisverbänden zur Verfügung stellen, damit sie diese Formen vor Ort oder regional mit Unterstützung des Landesverbands übernehmen können. **Arbeit vor Ort und in der Region stärken, Zusammenarbeit von Kreisverbänden fördern** Die Kommunalwahlen 2021 sind eine zentrale Weichenstellung, um das Leben für die Menschen in Niedersachsen ökologischer, gerechter und moderner zu gestalten. Deshalb steht auch die lokale und regionale Verankerung unserer Politik im Fokus der kommenden Jahre. Der Landesvorstand wird deshalb stärker vor Ort und bei Verbänden präsent sein. So gelingt Nähe zu den Menschen und ihren Initiativen. Um den Dialog mit den Kreisverbänden zu intensivieren, wird der Landesvorstand eine politische „Tour 45“ durch alle Kreisverbände machen. In unseren Kreis- und Ortsverbänden wird viel bewegt; die meisten unserer Mitglieder sind vor Ort aktiv.

Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle werden die lokale Arbeit in Zukunft noch aktiver unterstützen, zum Beispiel durch Vorschläge zu gelungenen Aktionsformaten, Veranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit in Kreis- und Ortsverbänden. Wir setzen als Landesverband weiter intensiv auf Angebote wie Argumentationshilfen, Fortbildungen, Kampagnenpaketen und regional einsetzbare Veranstaltungsformate.

Dabei ist wichtig: Erfolgreich sind wir vor allem, wenn viele an einem Strang ziehen und Kommunikation zwischen Landes- und Kommunalebene in beide Richtungen stark ist. Nur so können wir auch die unterschiedlichen Bedingungen (lokale Themen, Zielgruppen, unterschiedliche Voraussetzungen in urbanen Zentren und ländlichen Räumen) berücksichtigen.

Es gibt bereits etablierte Formen der kreisverbandsübergreifenden Zusammenarbeit, die sich bewährt haben — weitere entstehen. Es ist gut, wenn Austausch über die kleinräumige Vernetzung einzelner Kreisverbände hinausgeht und so Synergien entstehen oder gemeinsame politische Initiativen geplant werden können. Ein regelmäßiger kreisverbandsübergreifender Austausch, auch gemeinsam mit den zuständigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten kann nicht nur die regionale inhaltliche Arbeit stärken, sondern auch einen Beitrag zur Personalentwicklung leisten. Der Landesverband kann diese Form der Vernetzung unterstützen, indem er zum Beispiel gemeinsam mit mehreren Kreisverbänden öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen auch außerhalb Hannovers organisiert.

Unsere Themen orientieren sich nicht immer an Kreisverbandsgrenzen, sie betreffen aber auch häufig nicht das ganze Land. Daher sind regionale Arbeitsgruppen eine sinnvolle Ergänzung zu den Angeboten der Arbeit in Landesarbeitsgemeinschaften und Projekten des Landesverbands sowie zur Onlinebeteiligung. Sie ermöglichen kurze Wege und persönlichen Kontakt. Der Landesverband wird diese Form der regionalen Arbeit bei Bedarf organisatorisch unterstützen.

GRÜNE diskutieren die entscheidenden Zukunftsthemen. Dazu suchen wir auch den Austausch mit Menschen, die mitunter anderer Meinung und nicht Mitglied unserer Partei sind. Nur mit einer offenen, an der Sache orientierten Debattenkultur profitieren wir von innerparteilicher Pluralität und leisten damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Personalentwicklung. Eine Partei, die konstruktiv diskutiert, ist dauerhaft attraktiv. Gerade durch kontroverse Debatten gewinnen wir an Profil. Diese liefern Anstöße zur programmatischen Weiterentwicklung und schaffen die Basis für gesellschaftliche Mehrheiten. Das bedeutet auch, dass wir uns stärker mit gesellschaftlichen Positionen, die in unseren Gremien nicht vertreten sind, auseinandersetzen werden.

Deshalb werden wir auf allen politischen Ebenen einen Dialog mit gesellschaftlichen Akteur*innen, Multiplikator*innen und Expert*innen etablieren.

Wir wollen dazu unsere fachliche Arbeit und Diskussionen intensivieren und neue Formate nutzen.

Entscheidend ist dabei, dass wir klare Botschaften mit deutlicher Sprache entwickeln. Unter anderem werden wir in Zukunft noch stärker:

- in thematisch und zeitlich begrenzten Projekten arbeiten, bei denen auch Nicht-Mitglieder willkommen sind;
- regionale Arbeitsgruppen unterstützen;
- und Landesarbeitsgemeinschaften ermuntern, Struktur und Arbeitsweise zu modernisieren.

Menschen machen Politik Parteirat stärken

GRÜNE Politik wird durch Personen verkörpert. Wir wollen deshalb in Zukunft unsere Inhalte auch stärker über Personen transportieren. Ein Beitrag zur Profilierung kann eine Urwahl unserer Spitzenkandidat*innen für die Landtagswahlen sein. Daher wollen wir in der Satzung eine Urwahl der Spitzenkandidat*innen (als Vorwahl) ermöglichen. Das bietet die Chance, dass sich die Kandidat*innen mit Blick auf den Wahlkampf im Land bekannter machen und wäre darüber hinaus eine starke Anbindung der Spitzenkandidat*innen an die Basis. Das setzt mehrere Bewerber*innen und eine gute demokratische Kultur voraus: Ob eine Urwahl durchgeführt wird, entscheidet jeweils der Landesvorstand.

Gute Personalentwicklung beginnt nicht erst kurz vor den Wahlen und sie beginnt vor Ort. Dafür entwickeln wir einen Leitfaden für Personalentwicklung insbesondere für Frauen, Menschen mit

Migrationshintergrund und junge Menschen, um Kreisvorstände zu unterstützen, auch, aber nicht nur, im Hinblick auf die Kommunalwahlen. Darüber hinaus müssen wir auch als Landesverband aktiv auf politische Talente zugehen und diese fördern, indem wir sie gezielt einbinden und mit Qualifizierungsangeboten unterstützen:

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, interessante Personen für GRÜNE zu gewinnen: vor Ort und auf Landesebene. Das bedeutet, dass wir weiterhin offen bleiben müssen für politische Quereinsteiger; aber auch für profilierte Persönlichkeiten aus der Kommunalpolitik.

Die Satzung regelt, dass bei der Listenaufstellung für den Bundestag und den Landtag jeder dritte Platz von einer Person eingenommen wird, die dem Parlament bislang nicht angehört hat. Da einfache Regierungsbildungen auf Landes- und Bundesebene unwahrscheinlicher werden, bedarf es einer klaren Definition, wer auf einen der so genannten „Neuenplätze“ kandidieren darf: „Als neu gilt, wer dem zu wählenden Parlament weniger als die Hälfte einer regulären Legislaturperiode angehört.“ **Gemeinsam aufbrechen in eine GRÜNE Zukunft** Wir brechen jetzt gemeinsam auf, als nächste Etappen stehen die Europawahlen im Mai 2019, die Kommunal- und Bundestagswahlen 2021 und die Landtagswahlen an. Diese wollen wir mit einem inhaltlich stärker profilierten und organisatorisch modernisierten Landesverband erfolgreich bestreiten. Wir sind überzeugt, dass das nur Hand in Hand geht.

Wir wollen bei der nächsten Landtagswahl wieder stärker im Landtag vertreten sein und dieses Land in Regierungsbeteiligung selbstbewusst gestalten:

In Verhandlungen werden wir uns mit starken GRÜNEN Positionen einbringen und für Mehrheiten kämpfen. Notwendige Kompromisse setzen eine Partei voraus, die klare Positionen vertritt. Solange wir im Land Opposition sind, müssen wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Druck auf die Regierung machen: Aktuelle Beispiele wie die Bündnisse für Menschlichkeit und Seenotrettung, gegen das neue Polizeigesetz NPOG oder gegen ein neues Kohlekraftwerk in Stade, die Bewegung Seebrücke, sind gute Anlässe, um uns mit anderen zu vernetzen, die unsere Ziele teilen. Wir arbeiten an gesellschaftlichen Mehrheiten, um daraus politische Mehrheiten zu machen — auch indem wir unsere Kampagnenfähigkeit stärken. Dafür stellt der GRÜNE Aufbruch 2018 die Weichen:

Gehen wir das gemeinsam an. Auf geht's! Der Parteirat berät den Landesvorstand und koordiniert die Arbeit zwischen den Fraktionen und den Kreisverbänden. Er entwickelt und plant gemeinsame politische Initiativen.

Der Parteirat kann zur Ausführung seiner Aufgaben Beschlüsse im Rahmen seiner Arbeit als Koordinierungsgremium zwischen den Fraktionen und den Kreisverbänden fassen.

Wir wollen die Rolle des Parteirats klarer definieren: Als Entscheidungsgremium soll er sich stärker strategischen Fragen zuwenden, konkrete Vorschläge erarbeiten und Position zu aktuellen Debatten beziehen.

Engagement und Beteiligung ausbauen

Wir leben von der aktiven Beteiligung unserer Mitglieder. Engagement, Vernetzung und Beteiligung wollen wir deshalb weiter stärken. Unser Leitmotiv lautet: Engagement bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen ist vielfältig, wirkungsvoll, geprägt von Wertschätzung und es macht Spaß!

Wir haben erstmals in unserer Geschichte mehr als 7.000 Mitglieder. Immer mehr Menschen wollen mit uns das Land positiv verändern. Unser Ziel ist es, dass sie sich bei uns aktiv beteiligen. Dafür müssen wir die bestehenden Möglichkeiten, bei uns mitzuwirken, transparenter machen: Für Neumitglieder genauso, wie für diejenigen, die länger nicht mehr aktiv waren oder die sich auf neuen Wegen einbringen wollen. Eine an Zielen orientierte Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften wird auch gestärkt durch die Nutzung verschiedener Möglichkeiten unseres GRÜNEN Netzes. Es bietet als Arbeitsplattform eine größere landesweite Beteiligungsmöglichkeit für unsere Mitglieder und stärkt dadurch die Zusammenarbeit und den Austausch in der Partei.

Die Möglichkeit, online über den GRÜNEN Monitor alle Mitglieder zu befragen, ist bisher sehr gut angenommen worden. Wir werden weiterhin jedes Jahr mindestens einmal die Einschätzung aller Mitglieder zu wichtigen Fragen GRÜNER Politik und inhaltlicher Schwerpunkte in

Niedersachsen einholen und sie in Debatten und Entscheidungen im Parteirat und Landesvorstand einbeziehen. Der nächste Grüne Monitor ist unter dem Genderaspekt auszuwerten, um unsere diesbezüglichen Regelungen und das Frauenstatut auch online umzusetzen.

Das Format des GRÜNEN Forums wollen wir weiter regelmäßig nutzen, uns dabei über die verschiedenen Ebenen persönlich austauschen und vernetzen sowie Kompetenzen sammeln und von den Bedürfnissen in Gemeinden und Städten erfahren. Mitgliederbegehren sollen es - analog zum Bundesverband - allen Mitgliedern ermöglichen, ihre Anliegen auf einfache Weise selbst im Landesverband einbringen zu können.

Im Schnitt hat jedes fünfte GRÜNE Mitglied ein kommunales Mandat. Die Erwartungen an ehrenamtliche Politiker*innen steigen: Viele Aktive sind mehrfach eingebunden, zudem steigen die Anforderungen an Politik, zum Beispiel bei der Vermittlung von politischer Arbeit, Beteiligung von Bürger*innen und durch immer schnellere Kommunikationskanäle. Nicht alle Mitglieder können oder möchten Ämter oder Mandate übernehmen. Viele wollen sich zeitlich und thematisch begrenzt einbringen. Dazu gehören Formate, bei denen sich Mitglieder und Sympathisant*innen je nach zeitlichem Budget auch ortsunabhängig engagieren können. Mit unserem einjährigen Projekt zum „Lernen und Arbeiten in der digitalen Zukunft“ und einem Barcamp haben wir zwei neue Beteiligungsformate an den Start gebracht, mit denen wir programmatische Weiterentwicklung, Vernetzung und neue Arbeitsweisen verbinden. Wir werden die Erfahrungen mit diesen Formaten auswerten und Kreisverbänden zur Verfügung stellen, damit sie diese Formen vor Ort oder regional mit Unterstützung des Landesverbands übernehmen können.

Arbeit vor Ort und in der Region stärken, Zusammenarbeit von Kreisverbänden fördern

In den Regionalforen 2018 wurde der Wunsch nach einer stärkeren Präsenz des Landesvorstandes in den Kreisverbänden deutlich. Um diesem zu entsprechen, wird der Landesvorstand u.a. eine politische Tour durch die Kreisverbände machen.

Wir werden die lokale Arbeit durch Aktionsformate und Angebote stärken, dabei regional typische Bedingungen einbeziehen, kleine Kreisverbände zur Verbesserung ihrer politischen Arbeit und Strukturen Unterstützung anbieten und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen auch außerhalb Hannovers durchführen. Auch der Dialog mit Verbänden wird intensiviert. Die Landesgeschäftsstelle wird darüber hinaus auch die regionalen Arbeitsgruppen als sinnvolle Ergänzung zu den Landesarbeitsgemeinschaften organisatorisch unterstützen.

Menschen machen Politik

Gute Personalentwicklung beginnt nicht erst kurz vor den Wahlen und sie beginnt vor Ort. Dafür entwickeln wir einen Leitfaden für Personalentwicklung insbesondere für Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und junge Menschen, um Kreisvorstände zu unterstützen, auch, aber nicht nur, im Hinblick auf die Kommunalwahlen. Darüber hinaus müssen wir auch als Landesverband aktiv auf politische Talente zugehen und diese fördern, indem wir sie gezielt einbinden und mit Qualifizierungsangeboten unterstützen.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, interessante Personen für GRÜNE zu gewinnen: vor Ort und auf Landesebene. Das bedeutet, dass wir weiterhin offen bleiben müssen für politische Quereinsteiger; aber auch für profilierte Persönlichkeiten aus der Kommunalpolitik.

Das Verfahren zur Aufstellung unserer Landesliste für die Landtags- und Bundestagswahlen stellen wir auf den Prüfstand.

Dazu sollen auf Basis unserer bisherigen Erfahrungen und Forderungen innerhalb eines Jahres Vorschläge ausgearbeitet werden, um Politik auch zukünftig lebendig zu gestalten. Dabei ist zu prüfen, ob wir neben unseren so genannten „Neuenplätzen“ auch eine Regelung für „Langzeitmandatierte“ benötigen.

Gemeinsam aufbrechen in eine GRÜNE Zukunft

Die anstehende Europawahl im Mai 2019, die Kommunal- und Bundestagswahl 2021 sowie die Landtagswahl wollen wir mit einem inhaltlich stärker profilierten und organisatorisch modernisierten Landesverband erfolgreich bestreiten. Ziel ist es, in Regierungsbeteiligung dieses Land selbstbewusst mitzugestalten.

Unser Land braucht Grün! Die Klimakrise verschärft sich zusehends. Der Sommer 2018 gab einen Vorgeschmack auf sich ändernde Wetterverhältnisse - längere Hitzeperioden, Dürre und Unwetter mit Starkregenereignissen. Wir bauen auf unsere und die Fach- und Handlungskompetenz aus der Wissenschafts- und Zivilgesellschaft. Wir reichen den Unternehmen die Hand zur gemeinsamen Bewältigung und Überwindung unseres ressourcenfressenden Lebenswandels. Einer Wirtschaftsform, die weiterhin zuvorderst am kurzfristigen Profit orientiert ist, muss die Politik klare Begrenzungen setzen.

Seit Jahren und auch heute wird uns gesagt, es sei fünf vor zwölf. Eine der reichsten und führenden Industrienationen, Deutschland, hat diese Zeitspanne nicht genutzt, um die Folgen der Klimakrise zu begrenzen. GRÜNE treten konsequent dafür ein, sofort zu handeln. Wir können uns ein „Mal-Abwarten“ nicht mehr leisten.

Wahrheiten werden wir nicht verdrängen, sondern ehrlich danach fragen, was die Gesellschaft und jeder einzelne Mensch bereit ist zu tun, um sich gegen die Aufheizung unseres Planeten zu stemmen, um den sozialen Staat zu erhalten und weiterzuentwickeln - für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind ein hohes Gut. Wie keine andere Partei stellen wir uns dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft entgegen. Wir lassen nicht zu, dass der demokratische Konsens in unserer Gesellschaft in Frage gestellt wird. Im Gegenteil. Demokratie ist gestaltbar. Wir GRÜNE müssen der Anlaufpunkt für alle sein, die sich dafür einsetzen, dass Freiheit, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenwürde die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land bleiben.

Dafür stellt der GRÜNE Aufbruch 2018 die Weichen.

Gehen wir das gemeinsam an!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä6 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: Ute Michel (Hameln-Pyrmont KV)

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:

Vermittlung von politischer Arbeit, Beteiligung von Bürger*innen und durch immer schnellere Kommunikationskanäle. Die bereits bestehenden Angebote der Fortbildung und Unterstützung für kommunale Mandatsträger*innen durch das Kommunalreferat in der Landesgeschäftsstelle sollen durch weitere Maßnahmen ergänzt und weiter verbessert werden. Dazu gehören u.a. Möglichkeiten einer besseren Vernetzung untereinander, die Nutzung digitalen Austausches und die Stärkung auch informeller Strukturen. Der Landesvorstand wird diesen Prozess unter Beteiligung kommunaler Mandatsträger*innen begleiten und unterstützen.

Begründung

Kommunale Mandatsträger*innen sind eine äußerst wichtige Säule unserer Arbeit – sie sind das „grüne“ Gesicht vor Ort und die direkte Verbindung zu Bürgerinnen und Bürgern. Sie tun diese Arbeit meist neben vielen anderen Verpflichtungen beruflicher und privater Art; dabei kommt der Austausch mit anderen oft zu kurz – nicht nur für einzelne Mandatierte und kleine grüne Fraktionen und gerade auch jenseits der eigenen Gemeinde- oder Kreisgrenzen.

Um die Vernetzung und den Austausch zu verbessern, sind z.B. denkbar: - ein Format wie das Bar Camp oder Stadt-Land-Grün speziell für kommunale Mandatsträger*innen (im Wechsel mit dem Fokus auf Parteiarbeit in Kreis- und Ortsverbänden) - Angebote am Rande der LDK - digitale Foren und Beteiligungsformen, die z. Zt. vom Bundesverband entwickelt werden

Dafür sind zusätzliche Mittel nicht zwingend erforderlich; dieser Aspekt weiterer Unterstützung für Kommunalis sollte aber in den verschiedenen Arbeitsbereichen stärker priorisiert werden, ggf. zusammen mit der slu/Heinrich-Böll-Stiftung.

Unterstützer*innen

Sigrid Busch (Friesland KV); Georg Berner-Waindok (Wilhelmshaven KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Franziska Zielke (Friesland KV); Olaf Harjes (Friesland KV); Ulf Berner (Wilhelmshaven KV); Sascha Südkamp-Schüür (Friesland KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Wilma Virginia Nyari (Wilhelmshaven KV); Georg Petau (Holzminden KV); Annegret Hertel (Wilhelmshaven KV); Stefan Hertel (Wilhelmshaven KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Daniel Bredemeyer (Hameln-Pyrmont KV); Frank Nietardt (Hameln-Pyrmont KV); Waltraut Brümmer (Hameln-Pyrmont KV); Wilhelm Koops (Hameln-Pyrmont KV); Britta Kellermann (Hameln-Pyrmont KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV)

Ä7 GRÜNER Aufbruch 2018

Antragsteller*in: OV Bad Rothenfelde

Beschlussdatum: 21.10.2018

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

Dafür werden wir uns inhaltlich breiter aufstellen. Wir werden unser Profil bei den Themen Mobilität, Bildung „Digitalisierung“

Begründung

mündlich

Änderungsantrag zu GA1

Von Zeile 182 bis 190 löschen:

bleiben müssen für politische Quereinsteige; aber auch für profilierte Persönlichkeiten aus der Kommunalpolitik.

~~Die Satzung regelt, dass bei der Listenaufstellung für den Bundestag und den Landtag jeder dritte Platz von einer Person eingenommen wird, die dem Parlament bislang nicht angehört hat. Da einfache Regierungsbildungen auf Landes- und Bundesebene unwahrscheinlicher werden, bedarf es einer klaren Definition, wer auf einen der so genannten „Neuenplätze“ kandidieren darf: „Als neu gilt, wer dem zu wählenden Parlament weniger als die Hälfte einer regulären Legislaturperiode angehört.“~~

Begründung

1. In unserem Leitantrag argumentieren wir mit „Haltung zeigen“, die Begründung für die Änderung der Satzung bezüglich der „Neuenplätze“ wirkt dagegen wenig selbstbewusst. Nur weil Regierungsbildungen nicht mehr direkt abzusehen oder ggf. instabil sind, bedeutet es nicht, dass wir uns davon beeindrucken lassen sollten und Regeln für Ausnahmesituationen schaffen müssen.
2. Auch wenn neue Abgeordnete weniger als eine halbe Legislaturperiode einem Parlament angehört haben, machen sie Erfahrungen und erweitern ihre Fähigkeiten in dieser Zeit enorm, so dass sie nicht mehr als wirklich „Neu“ bezeichnet werden können und gegenüber „ganz Neuen“ sicherlich Vorteile bei der Listenaufstellung haben. Diese „Neuen“ haben sich bereits bewährt und haben mit ihrem erworbenen Knowhow durchaus erneut Chancen auf einen aussichtsreichen Listenplatz.
3. Eine Regelung, die die Chance auf aussichtsreiche Listenplätze für „Neue“ beinhaltet, ist gut und wichtig – darum werden wir sogar beneidet. Allerdings findet gerade auch eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit des speziellen Instruments der Neuenquote statt. Dem Ausgang dieser Diskussion sollte durch eine weitere Zementierung und Bestätigung der Neuenquote nicht vorgegriffen werden.

Wir lehnen daher auch den Satzungsänderungsantrag S1 ab.

Unterstützer*innen

Olaf Harjes (Friesland KV); Wilma Virginia Nyari (Wilhelmshaven KV); Georg Petau (Holzminden KV); Annegret Hertel (Wilhelmshaven KV); Stefan Hertel (Wilhelmshaven KV); Franziska Zielke (Friesland KV); Dagmar Lotz-Arkenau (Friesland KV); Daniel Bredemeyer (HamelN-Pyrmont KV); Frank Nietardt (HamelN-Pyrmont KV); Waltraut Brümmer (HamelN-Pyrmont KV); Wilhelm Koops (HamelN-Pyrmont KV); Britta Kellermann (HamelN-Pyrmont KV); Mechthild Clemens (HamelN-Pyrmont KV); Dieter Kölkebeck (HamelN-Pyrmont KV); Deike Peters (HamelN-Pyrmont KV); Anett Dreisvotg (HamelN-Pyrmont KV); Lars Reineke (HamelN-Pyrmont KV); Thomas Jürgens (HamelN-Pyrmont KV); Michael Maxein (HamelN-Pyrmont KV); Sven Kornfeld (HamelN-Pyrmont KV)

Ä1 Der § 25 Urabstimmung wird wie folgt ergänzt (fett gedruckt):

Antragsteller*in: KV Heidekreis

Beschlussdatum: 19.09.2018

Änderungsantrag zu S3

Von Zeile 3 bis 4:

- Die Urabstimmung findet statt auf Antrag von a. 10 Prozent der Mitglieder, b. 25% der Kreisverbände, c. der ~~LDK, d. des Landesvorstands~~LDK,

Begründung

Für eine Urabstimmung ist bewusst eine relativ hohe Hürde vorgesehen. Wenn der Landesvorstand allein eine Urabstimmung beschließen kann, könnten schon drei oder vier Personen über eine Urabstimmung entscheiden (bei sechs Lavomitgliedern vier und falls ein ein Lavomitglied fehlt, drei Personen). Dies entspricht nach unserer Auffassung nicht der Intention der bisherigen Regelung und stünde in einem Mißverhältnis zu den Anforderungen a) bis c).

Ä2 Der § 25 Urabstimmung wird wie folgt ergänzt (fett gedruckt):

Antragsteller*in: KV Heidekreis

Beschlussdatum: 19.09.2018

Änderungsantrag zu S3

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

- 6. Über Spitzenkandidaturen der Landespartei aus Anlass allgemeiner Wahlen kann die Urwahl auf Beschluss des Landesvorstandes **und des Parteirats gemeinsam mit jeweiliger 2/3 Mehrheit** durchgeführt werden. Absätze (3) bis (5) finden entsprechende Anwendung. Es gilt dabei die**

Begründung

Über die Spitzenkandidatur sollte ebenfalls nicht nur der Landesvorstand (s.o.) entscheiden. Wir schlagen deshalb die Regelung der Bundessatzung vor.

Da der Parteirat nur ein beratendes Gremium ist, bitten wir den Landesvorstand, die Rechtmäßigkeit einer derartigen Regelung zu prüfen.

Ä1 Kommission zur Evaluierung der Regeln für Listenaufstellungen

Antragsteller*in: Kreisverband Oldenburg Land

Beschlussdatum: 16.10.2018

Änderungsantrag zu S5

Von Zeile 2 bis 7:

~~Der LaVo soll in Abstimmung mit dem Parteirat eine Kommission benennen, die unsere eigenen Regeln der Listenaufstellung zu Bundestags- und Landtagswahlen überprüft, mögliche Schwachpunkte identifiziert und Vorschläge zur Optimierung vorlegt. Die Kommission soll bis zum Ende des Jahres 2019 ihre Arbeit abgeschlossen haben, damit mögliche Veränderungen zu den nächsten regulären Listenaufstellungen bereits greifen können.~~ Der Landesvorstand und der Parteirat evaluieren die eigenen Regeln zur Listenaufstellung zur Bundestags- und Landtagswahl und legen bis Ende 2019 die Ergebnisse vor. Mögliche daraus folgende Veränderungen sind von der Landesdelegiertenkonferenz zu beschließen.

Begründung

Bei der letzten Evaluierung der Regeln zur Listenaufstellung im Jahr 2005 gab es noch keinen von der Basis gewählten Parteirat, der die Partei zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen (LDK) in der Breite repräsentiert. Die Mitglieder des LaVo und des Parteirats sind von der LDK legitimiert und haben genau die Aufgabe, die Partei konstruktiv zu entwickeln. Weiterhin tagt der Landesparteirat parteiöffentlich und gewährleistet somit einen transparenten, für alle Mitglieder zugänglichen, Prozess.

Ä1 Aus Ideen wird Wirtschaft: Grüne StartUp-Förderung

Antragsteller*in: Detlev Schulz-Hendel (Lüneburg KV)

Titel

Ändern in:

Grüne und Soziale Start-ups in Niedersachsen fördern und stärken

Änderungsantrag zu WA1

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Niedersachsen zu einem besonders gründungsfreundlichen Bundesland machen. Dafür fordern wir eine nachhaltige Gründungsoffensive im Land.

Nach den Ergebnissen des Green Economy Gründungsmonitors 2014 wurden im Zeitraum von 2006 bis 2013 über 150 000 Unternehmen in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz gegründet. Sie schufen dabei über eine Million Arbeitsplätze in Deutschland. Etwa jede siebte Gründung leistet so mit ihren Produkten und Dienstleistungen einen Beitrag zu einer zukunftsfähigen, umwelt- und klimaschonenden Wirtschaft.

Gründungen sind auch aus gesellschaftlicher Sicht von großer Bedeutung: Unternehmensgründungen sind gelebte Emanzipation und Integration. Dabei gründen Frauen überdurchschnittlich oft im Nebenerwerb. Banken und Beratungsstellen gehen allerdings oft noch zu wenig auf die Bedürfnisse von gründungswilligen Frauen ein. Jede*r fünfte Gründer*in hat eine Einwanderungsgeschichte.

Gründungswillige Fachkräfte aus anderen Ländern bleiben und arbeiten in Deutschland, wenn sie hier gute Voraussetzungen vorfinden. Eine Willkommens- und Gründungskultur, die diesen Fachkräften den Einstieg in das Leben und das neue Land erleichtert, ist für Deutschland und Niedersachsen ein unerlässlicher Standortvorteil.

Wir wollen insbesondere Gründer*innen fördern, bei denen Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung, ein fairer Handel und ein respektvoller Umgang mit den Ressourcen zu den Grundprinzipien gehören. Hier muss Niedersachsen eine Vorreiterrolle einnehmen. Denn Gründungen mit diesen Konzepten haben das Potenzial den notwendigen sorgsamem Umgang mit den vorhandenen Ressourcen voranzutreiben und somit die Welt nachhaltig zu verändern. Allerdings scheitern viele dieser ökologischen und sozialen Startups an fehlendem Startkapital. Das wollen wir ändern.

Wichtig ist uns, dass in diesen boomenden Branchen auch gute Arbeitsplätze entstehen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass das nicht immer der Fall ist. Gerade in Start-Ups wird eine flache Hierarchie und eine offene Arbeitsumgebung genutzt, um jungen Arbeitnehmer*innen ein attraktives Angebot zu machen. Der Sitzsack zum Entspannen und Tischkicker zur Zerstreuung ersetzen aber kein angemessenes Gehalt, die Beachtung des Arbeitszeitgesetzes oder eine gute Urlaubsplanung. Deswegen wollen wir bei der finanziellen Förderung auch auf Kriterien wie das Bestehen von Tarifverträgen und von Betriebsräten achten.

Wir verstehen Niedersachsen als Innovationsland, indem nachhaltige Ideen ausfolgenden Bereichen besonders in den Fokus rücken sollten:

- Ressourcenschonung, Naturschutz und Bioversität
- Gesundheit und Vorsorge

- Saubere Energie, Energieeffizienz und Smart Lighting
- Digitaler Wandel
- Mobilität, Transport und Verkehr
- Sichere Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft
- Bildung, Chancengleichheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Armutsbekämpfung und Entwicklungshilfe
- Sicherung der Nahversorgung

Daher fordern wir die niedersächsische Landesregierung auf, ein Programm für grüne und soziale Start-Ups aufzulegen:

1. Die Beratung von Gründer*innen muss intensiviert werden. Dazu wird ein kommunales Programm aufgelegt, welches Co-Working-Space in Gründer*innenzentren sowie maßgeschneiderte lokale Beratung für Gründungswilligen zur Verfügung stellt. Im Zuge dessen sollen die vorhandenen Strukturen genutzt werden und die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Innovationszentrum gestärkt und optimiert werden.
2. Einen Start-Up-Beauftragte*n als direkte*n Vertreter*in der Interessen von Start-Ups auf Landesebene einzusetzen. Die Aufgabe des/der Start-Up-Beauftragten soll insbesondere die Unterstützung von gründungswilligen Frauen umfassen sowie soziale und ökologische Aspekte bei Gründungen fördern.
3. Das Programm sollte durch Bürgschaften und zinsfreie Darlehen das Startkapital von Gründungswilligen stärken. Durch ein Punktesystem werden insbesondere Start-Ups gefördert, die nachhaltiges Wirtschaften in ihrem Businesskonzept verankert haben.
4. Einen Niedersächsischen Start-Up-Preis explizit für ökologische und soziale Gründer*innen mit einem Volumen von 50.000 € pro Jahr zu vergeben.
5. Die Förderung von Start-Ups auf wissenschaftliche Füße zu stellen und eine umfassende Analyse über die Lebensdauer und den Erfolg der geförderten und prämierten Start-Ups zu finanzieren. Damit kann in Zukunft die Förderung des Landes zielgenauer eingesetzt werden.
6. Gründungen stärker in den Bildungsinstitutionen zu thematisieren. Besonders in Schulen und Universitäten soll mehr Wissen zu Gründungen vermittelt werden. Möglichkeiten, Chancen und Risiken sollen schon früh im Bildungsweg thematisiert werden. Dabei sollen auch Kontakte zu Gründer*innen geschaffen und gefördert werden.

Unterstützer*innen

Timon Dzienus (Hannover RV); Laura Grollmus (Hannover RV); Marie Kollenrott (Göttingen KV); Simon Schütte (Oldenburg-Land KV); Liam Harrold (Hannover RV); Konstantin Mallach (Göttingen KV); Christian Meyer (Holzminden KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Daniel Lüchow (Hannover RV); Christopher Steiner (Hannover RV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Filiz Polat (Osnabrück-Land KV); Thomas Behr (Lüneburg KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Heiner Scholing (Uelzen KV)

Ä1 Nein zu neuen Gentechnikmethoden wie CRISPR/Cas- Verbrauchertransparenz und Artenvielfalt sichern

Antragsteller*in: GJ

Beschlussdatum: 21.10.2018

Titel

Ändern in:

Grüne Gentechnik – Neustart einer Debatte

Änderungsantrag zu WA2

Das Ablehnen des Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft, sogenannter *grüner Gentechnik*, gehört seit jeher zu den Position grüner, ökologischer Parteien und Vereinigungen auf der ganzen Welt. Mit dem Aufkommen gentechnisch veränderter Organismen (Abk.: GVO) in den achtziger und neunziger Jahren wuchs auch der Widerstand gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Aus damaliger Sicht mag es richtig gewesen sein, ohne hinreichende wissenschaftliche Langzeitstudien der Gentechnik kritisch gegenüber zu stehen. Doch seitdem sind zahlreiche Untersuchungen und Studien veröffentlicht worden und der wissenschaftliche Konsens ist mittlerweile eindeutig: Bislang konnte nicht nachgewiesen werden, dass genetisch veränderte Nutzpflanzen pauschal Nachteile gegenüber konventioneller Züchtungen mit sich bringen. [1] [2] Die größten Sorgen bezüglich GVO betrafen dabei die Gesundheit der Konsumierenden von GVO und mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt. Beide Punkte sollen hier kurz erläutert werden.

Gesundheitliche Aspekte

Vielfach ist die Sorge geäußert worden, der Verzehr von InBBI GVO könnte sich negativ auf die Gesundheit der Konsument*innen auswirken. Mögliche Gesundheitsrisiken wären Beeinträchtigung der (Fortpflanzungs-)Organe, eine veränderte Nährstoffzusammensetzung und noch unbekannte Faktoren, die bisher nie beobachtet wurden. Insbesondere durch Versuche an Säugetieren, bei denen eine Tiergruppe Futter mit GVO verabreicht bekommt und später mit einer Kontrollgruppe verglichen wird, konnte gezeigt werden, dass GVO wohl keinen nachweisbaren Einfluss auf die Organe und Fortpflanzung haben. Das gilt insbesondere auch für die Nachkommen dieser Generation. [4] [5]

Auch hatte die Markteinführung von GVO in den USA 1996 keinerlei Auswirkungen auf die Inzidenzrate von verschiedensten Krebsarten, Nierenerkrankungen, Fettleibigkeit, Glutenunverträglichkeit und im Vergleich mit Daten aus Großbritannien auch keinerlei Zusammenhang zu Autismus. [2, vgl. S. 207]

Genetisch veränderte Pflanzen weisen in ihrer chemischen Zusammensetzung und ihrem Nährstoffgehalt statistisch signifikante Unterschiede zu konventionellen Pflanzen auf, jedoch liegt dieser Unterschied im Bereich der natürlichen Schwankungen konventioneller Produkte und besitzt daher keinerlei toxikologische Relevanz (ausgenommen natürlich GVO mit gezielt veränderten Nährstoffzusammensetzungen). [2] [6]

Es gibt zwar nach wie vor wissenschaftliche Studien, die den wissenschaftlichen Konsens zu den gesundheitlichen Aspekten von GVO bestreiten, doch bibliographische Untersuchungen konnten zeigen, dass diese meist methodische Schwächen aufwiesen und in eher unbedeutenderen Journalen veröffentlicht werden. [3]

Nach Jahren von Forschungsarbeit gilt es als wissenschaftlich anerkannt und gesichert, dass GVO nicht gesundheitsschädigender als Produkte aus konventioneller Züchtung sind. [1] [2] [6] Darüber hinaus

können GVO indirekt die menschliche Gesundheit positiv beeinflussen, wenn sie zu einem verringerten Einsatz potentiell krebserregender Pestizide in der Landwirtschaft führen.

Insbesondere in Ländern des globalen Südens werden Pestizide häufig ohne adäquaten Arbeitsschutz (wenn überhaupt) verteilt. Auch bietet grüne Gentechnik das Potential, zusätzliche Nährstoffe in Lebensmitteln heranzuzüchten und so Mangelerscheinungen in bestimmten Regionen der Welt vorzubeugen. Bekanntestes Beispiel ist hierfür der Golden Rice. Aufgrund verschiedenster Faktoren ist Golden Rice bisher nicht großflächig zum Einsatz gekommen.

Auswirkungen auf die Umwelt

Während es eindeutig erscheint, dass der Verzehr von GVO gesundheitlich unbedenklich ist, gibt es durchaus nachweisbare Auswirkungen von GVO auf die Umwelt und Ökosysteme. Diskutierte mögliche Risiken sind der Einfluss der pflanzeigenen Insektengifte (wie etwa das Bt-Protein) auf verwandte Arten des zu bekämpfenden Schädling, die Auswirkungen von Genflow und Durchmischung mit (wildem) Artverwandten der Pflanze sowie die damit verbundenen Effekte auf die Biodiversität.

Die erste Frage, ob pflanzeigene Insektengifte auch unbeabsichtigt anderen Insektenpopulationen Schaden zufügen, wurde unter anderem an Bt-Mais und dessen Wirkung auf den Maiszünsler untersucht. Zwar stellte sich in Laborversuchen heraus, dass vor allem nahe verwandte Schmetterlingsarten durchaus Schaden durch das Bt-Protein nehmen können, im Freifeldversuch unter realistischen Bedingungen waren die Konzentrationen jedoch viel geringer und daher konnte keine Wirkung auf die Population festgestellt werden. Ebenfalls wirkungslos im Freifeldversuch war der Bt-Mais auf Bienen, Regenwürmer, andere Insektenarten und die Mikroorganismen im Boden. Lediglich die Zusammensetzung der Gattungen von Nematoden (Fadenwürmer) veränderte sich bei Bt-Mais, die biologische Funktion der Nematoden blieb jedoch unbeeinträchtigt. Das Bt-Protein gelangte zwar in den Boden, jedoch in einer äußerst geringen Konzentration (weniger als ein µg Bt pro Gramm Boden), sodass es nicht schädlich für lebende Organismen sein konnte. [7, vgl. S. 20] GVO schädigen Insektenpopulationen somit nicht zwangsläufig.

Gentechnisch veränderte Pflanzen können ihre Gene (wie auch konventionell gezüchtete Pflanzen) an ihre Umwelt weiter verteilen, insbesondere kreuzen sie sich so mit ihren wilden Artverwandten. Möglicherweise könnten sich so die gentechnisch veränderten Pflanzen durch einen Selektionsvorteil ausbreiten und damit insgesamt die Biodiversität beeinträchtigen, auch wenn es nur wenig

Anhaltspunkte gibt, dass GVO bisher Einfluss auf die Biodiversität in untersuchten Ökosystemen hatten.[8] [9] Daraus resultiert ein Bedarf an weiterer Forschung und die Notwendigkeit von Monitoring beim Anbau von GVO. Es sei angemerkt, dass natürlich auch Monokulturen mit konventionellen Nutzpflanzen die Biodiversität negativ beeinträchtigen können.

Es gibt Vorwürfe, GVO würden zu erhöhtem Gebrauch von Herbiziden führen. Exemplarisch dafür steht der Anbau gentechnisch veränderter Sojabohnen in den USA. Diese Bohnen sind unempfindlich gegenüber dem Herbizid Glyphosat, aus diesem Grund können Unkräuter und andere Pflanzen auf diesen Feldern sehr leicht mit Glyphosat bekämpft werden, was zu einem vermehrten Einsatz von Glyphosat geführt hat. Es ist aber keineswegs so, dass GVO zwangsläufig den Verbrauch von Herbiziden fördern. Im Gegenteil stellt eine umfassende Überblicksstudie eine deutliche Reduzierung des Einsatzes derart umweltschädlicher Stoffe bei gentechnisch verändertem Saatgut fest. [13] Diese kann vor allem durch eingebaute Schädlingsresistenzen erreicht werden.

Schlussfolgerungen

90 Prozent aller Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sicher ist. [10] Die WHO ist zurückhaltender und betont: "Unterschiedliche GVO enthalten unterschiedliche Gene, die verschiedenste Wirkungen haben. Daher sollten gentechnisch veränderte Lebensmittel von Fall zu Fall einzeln beurteilt werden, eine allgemeine Aussage [über die Sicherheit von GVO] ist somit nicht möglich." [11] In jedem Fall können die pauschalen Vorwürfe, die gegenüber der grünen Gentechnik bestehen, nicht aufrechterhalten werden. Es sind durchaus ökologisch nachhaltige GVO vorstellbar, die gegenüber konventionellen Agrarpflanzen große Vorteile hegen.

Die mit Gentechnik verbundenen Risiken treten auch bei konventioneller Züchtung auf. Es besteht einzig

der Unterschied, dass sich GVO eventuell durch Marktmechanismen sehr viel schneller global verbreiten könnten. Hinreichende Regulierung und Zulassungskontrollen für GVO ist also erforderlich. Insbesondere mit der neuen CRISPR-Technologie können Veränderungen an den Genen genauer und präziser als jemals zuvor vorgenommen werden. CRISPR ermöglicht es gezielt in das Erbgut einzugreifen und eliminiert dabei eine große Zahl an Zufallsfaktoren, die vorher Bestandteil jeder Art von Gentechnik waren. Durch die Reduktion dieses Zufallsfaktors könnten dabei mögliche Risiken der Gentechnik weiter gemindert werden, indem die genetischen Veränderungen gezielter vorgenommen und verstanden werden. Die Anwendungsgrenzen der CRISPR-Technologie sind noch nicht bekannt. Somit ist es denkbar, Nutzpflanzen zu erstellen, die etwa dürre- oder flutresistenter sind, oder die gezielt Schadstoffe aus der Luft filtern und vermehrt CO₂ und andere Treibhausgase aus der Atmosphäre abbauen. Gentechnik und insbesondere die grüne Gentechnik bieten also das Potential bei den kommenden Herausforderungen durch Klimawandel und Umweltzerstörung Werkzeuge und Methoden zur Verfügung zu stellen, mit denen diese Herausforderungen besser bewältigt werden können. Die Welt wird 2050 etwa 9 Milliarden Menschen beherbergen und etwa 70 Prozent mehr Lebensmittel benötigen als in den Jahren 2005/2006, die Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens muss sich in diesem Zeitraum sogar verdoppeln.[12] Wenn wir dies ökologisch nachhaltig tun wollen, bieten gentechnisch veränderte Pflanzen einen möglicherweise unumgänglichen Lösungsbaustein. Gleichzeitig dürfen andere wichtige Lösungsansätze für dieses Problem, abgesehen von Produktionssteigerung, nicht vergessen werden, wie etwa geringerer Fleischkonsum, Vermeidung von Lebensmittelabfällen und eine gerechtere Verteilung. Ganz im Gegenteil, Maßnahmen hierfür müssen zuerst bedacht und umgesetzt werden.

Forderungen

Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen lehnen grüne Gentechnik nicht pauschal ab und erkennen ihren potentiellen Nutzen sowie mögliche Vorteile an. Wir wollen die Debatte um grüne Gentechnik ohne Dogmen und ideologische Voreinstellung neu beginnen und auf wissenschaftlicher Basis politisch argumentieren. Dabei ist es wichtig Gentechnik als ein Mittel zum Zweck aufzufassen, mit dem sowohl negative Ziele als auch positive Ziele verfolgt werden können. Unter anderem für folgende Ziele darf Gentechnik unserer Auffassung nach nicht genutzt werden:

- Das Erstellen von Pflanzen mit Herbizidresistenz, in der Intention den Herbizideinsatz auf den Feldern zu verstärken. Ziel grüner Gentechnik sollte es sein den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern.
- Es darf nicht sein, dass Großkonzerne mit Gentechnik ihre Marktmacht und Monopolstellung weiter ausbauen. Insbesondere das Ausnutzen von Eigentumsrechten an Saatgut wäre zutiefst kontraproduktiv, gerade für die Landwirt*innen in Ländern des globalen Südens. Wir wollen Monopole zurückdrängen und eine stärker gemeinwohlorientierte internationale Forschung fördern.
- GVO sind ein Mittel von vielen für die Agrarwende und kein Allheilmittel. Eine Umstellung unserer Ess- und Anbaugewohnheiten ist nach wie vor notwendig und Gentechnik kann hier keine Begründung für Ausflüchte oder Vermeidung dieser Umstellungen sein.
- Generell ist es wichtig, dass in der Gesellschaft eine wissenschaftsbasierte Diskussion darüber stattfindet, wofür und bis zu welchem Grad Gentechnik, gerade CRISPR, genutzt werden soll, die von der Politik angestoßen wird und in diese zurückgetragen wird. Die ethischen Fragen um Gentechnik, ob es dem Menschen erlaubt sein sollte durch Genmanipulation in die "Schöpfung der Natur" einzugreifen, sind irreführend. Der Mensch hat seit jeher durch Züchtungen in die Natur und das Genom eingegriffen und ohne Züchtung wäre Landwirtschaft und damit Zivilisation nicht vorstellbar. Die wahre ethische Frage, die sich für uns stellt, ist, wie es gelingen kann, alle Menschen auf der Welt ausreichend und ökologisch nachhaltig mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Grüne Gentechnik ist ein Werkzeug, das wir zu diesem Zweck einsetzen können. Dazu fordern wir:

- Eine Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen in irgendeiner Form GVO enthalten sind. Somit kann Transparenz hergestellt werden und die Entscheidungsfreiheit der*des Einzelnen bleibt gewahrt, ob er* oder sie* Gentechnik konsumieren möchte. Die Entscheidung des EuGH, dass Gen-Editing-Verfahren wie CRISPR wie Gentechnik behandelt werden ist juristisch korrekt, allerdings sollten wir allgemein unser Verhältnis zu klassischer Gentechnik und Gene-Editing überdenken.
- Wir sprechen uns dafür aus, unter kontrollierten Bedingungen die Erforschung der Gentechnik weiter voran zu treiben. Dies umfasst selbstverständlich Grundlagenforschung als auch anwendungsorientierte Forschung. Ein Forschungsverbot wäre ein fundamentaler Eingriff in die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die möglichen Risiken rechtfertigen diesen nicht.
- Für GVO und konventionell gezüchtete Sorten muss die Anbauzulassung das gleiche unabhängige staatliche Zulassungsverfahren mit Feldstudien beinhalten, welche sowohl die gesundheitlichen Folgen des menschlichen Verzehr untersucht, als auch mögliche Auswirkungen auf Umwelt und Biodiversität. Dabei ist das Vorsorgeprinzip zu achten
- Gentechnik ist vor allem in Ländern des globalen Südens, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, ein Mittel um Ertragssteigerungen zu erzielen und Mangelernährung vorzubeugen. Deutschland und andere Industrienationen verbrauchen im Gegensatz dazu zu viele Flächen für ihre Nahrungsproduktion. Höhere Erträge durch GVOs sollten hier dazu genutzt werden, den Flächenverbrauch zu reduzieren und mehr ökologische Ausgleichsflächen zu schaffen.
- Grüne Gentechnik muss also so nutzbar gemacht werden, dass die Vorteile die Risiken bei weitem überwiegen. Grüne und ökologische Politik muss hierfür die Rahmenbedingungen setzen und wissenschaftliche Realitäten sowie objektive Nutzen-Risiko-Analysen akzeptieren. Für uns ist die Intention mit der die Technologie eingesetzt wird von entscheidender Bedeutung. Verbote und pauschales Ablehnen der Gentechnik ignorieren die Nuancen und zahlreichen Facetten in den Anwendungen. Daher fordern wir den verantwortungsvollen Umgang mit der Gentechnik, in Respekt vor den Lebensgrundlagen auf diesem Planeten, in Achtung und Wertschätzung unserer Mitmenschen und zukünftigen Generationen.

Begründung

Bündnis 90/Die Grünen und die GRÜNE JUGEND sind seit jeher strikt gegen die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Doch die Argumentationen und die Belege für diese Position sind im Laufe der Jahre immer weiter erodiert und nicht mehr wissenschaftlich haltbar. In Zeiten von Fake News und Klimawandelleugnern ist es jedoch wichtiger denn je, wissenschaftliche Erkenntnisse zu respektieren und auf ihrer Grundlage Politik zu machen. Dieser Antrag gibt nicht der Lobby von Monsanto oder sonstigen Unternehmen nach, sondern betont die Erkenntnisse unabhängiger Wissenschaftler*innen und zieht daraus politische Schlüsse. Auch innerhalb der Grünen gibt es mittlerweile zunehmend die Debatte, ob die Positionen zur Gentechnik so haltbar sind. Ausgangspunkt ist hier der Grundsatzprozess und das Urteil des EuGH zu CRISPR. Wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen treten mit diesem Antrag ebenfalls in diese Debatte ein und unsere Dogmen stets überdenken. **Literaturverzeichnis** [1] A. Nicolia, A. Manz, F. Veronesi, D. Rosellini:

An overview of the last 10 years of genetically engineered crop safety research;

Critical Reviews in Biotechnology, eingereicht 17.12.2012, angenommen 24.06.2013,

<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.3109/07388551.2013.823595?journalCode=ibt-y20> (abgerufen am 29.08.2018) [2] Committee on Genetically Engineered Crops, Board on Agriculture and Natural Resources, Division on Earth and Life Studies:

Genetically Engineered Crops: Experiences and Prospects;
THE NATIONAL ACADEMIES PRESS, Washington DC 2016,

<https://www.nap.edu/read/23395/> (abgerufen am 10.09.2018) [3] M. A. Sánchez, W. A. Parrott:

Characterization of scientific studies usually cited as evidence of adverse effects of GM food/feed;
Plant Biotechnology Journal, veröffentlicht 15.07.2017,
<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/pbi.12798> (abgerufen am
10.09.2018) [4] G. S. Rhee et al.:
*Multigeneration reproductive and developmental toxicity study of bar gene inserted into genetically modified
potato on rats;*
Journal of Toxicology and Environmental Health, veröffentlicht 10.12.2005,
<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/15287390500182446> (abgerufen
16.09.2018) [5] Q. Liu et al.:
*Effects of long-term feeding with genetically modified Bt rice on the growth and reproductive performance in
highly inbred Wuzhishan pigs;*
Food Control, veröffentlicht 10.03.2018,
<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0956713518301245> (abgerufen
16.09.2018) [6] C. Snell et al.:
*Assessment of the health impact of GM plant diets in long-term and multigenerational animal feeding trials: A
literature review;*
Food and Chemical Toxicology, eingereicht 08.08.2011, angenommen 24.11.2011,
<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0278691511006399> (abgerufen
16.09.2018) [7] Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat 617-Bioökonomie:
*25 Jahre BMBF-Forschungsprogramme zur biologischen Sicherheitsforschung - Umweltwirkung gentechnisch
veränderter Pflanzen;* Dezember 2014 [8] H. Landry:
Challenging Evolution: How GMOs Can Influence Genetic Diversity;
Harvard University, 10.08.2015,
[http://sitn.hms.harvard.edu/flash/2015/challenging-evolution-how-gmos-can-
influence-genetic-diversity/](http://sitn.hms.harvard.edu/flash/2015/challenging-evolution-how-gmos-can-influence-genetic-diversity/) (abgerufen 22.09.2018) [9] C. Kwit, H. S. Moon, S. I. Warwick, C. N. Stewart Jr.:
Transgene introgression in crop relatives: molecular evidence and mitigation strategies; Trends in
Biotechnology, veröffentlicht 08.03.2011 [10] J. Brody:
Are G.M.O. Foods Safe?;
The New York Times, 23.04.2018,
<https://www.nytimes.com/2018/04/23/well/eat/are-gmo-foods-safe.html> (abgerufen
28.09.2018) [11] World Health Organisation:
Frequently asked questions on genetically modified foods;
Mai 2014, www.who.int/foodsafety/publications/biotech/20questions/en/ (abgerufen
28.09.2018) [12] UN Food and Agriculture Organisation:
Global Agriculture towards 2050;
veröffentlicht Oktober 2009 [13] Klümper, W.; Qaim, M. 2014:
A Meta-Analysis of the Impacts of Genetically Modified Crops
<https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0111629>(abgerufen 12.10.2018)